

MATTEO BRUNO FONTANA

Ausforschung und Rechtsdurchsetzung im Unionsprivatrecht

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht
229*

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 229

herausgegeben von

Rolf Stürner



Matteo Bruno Fontana

Ausforschung und Rechtsdurchsetzung im Unionsprivatrecht

Herleitung und Ausgestaltung eines allgemeinen
unionsrechtlichen Informationsrechts

Mohr Siebeck

Matteo Bruno Fontana, geboren 1999; Studium der Rechtswissenschaften in München; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der LMU München; Rechtsreferendariat; 2025 Promotion (München); Masterstudium an der Universität Oxford.
orcid.org/0009-0007-5997-2508

Diss., Ludwig-Maximilians-Universität München, 2025

ISBN 978-3-16-200220-4 / eISBN 978-3-16-200221-1

DOI 10.1628/978-3-16-200221-1

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

*Meinem Nonno Gianni
und meinen Großeltern*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2025 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Sie gibt den Stand von Forschung und Lehre bis zum Herbst 2025 wieder. Die im Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht zu einem Abschluss gebrachte Entbürokratisierungs-Initiative der Europäischen Kommission (KOM (2025) 81 endg.), die auch das zivilrechtliche Haftungsregime des Lieferketten-Richtlinie (RL 2024/1760) modifizieren soll, konnte immerhin am Rande Berücksichtigung finden. Das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Produkthaftungs-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2024/2853) wurde bis zur Veröffentlichung des Referentenentwurfs nachvollzogen. Den Abschnitt zum Entwurf einer KI-Haftungs-Richtlinie (KOM/2022/496 endg.) habe ich trotz der zwischenzeitlichen Aufgabe dieses Projekts durch die Kommission mit nur wenigen Ergänzungen beibehalten. Der Richtlinienentwurf musste zwar der neu entdeckten Begeisterung des Europäischen Gesetzgebers für Entbürokratisierung weichen. Er stellt gleichwohl einen der ersten echten Versuche dar, die Folgen des weitreichenden Einsatzes Künstlicher Intelligenz im Alltag zivilrechtlich zu erfassen. Eine nähere Betrachtung der vorgeschlagenen Regelungen erscheint daher auch nach dem Scheitern der KI-Haft-RL lohnend, zumal sie den Befund, dass die präparatorischen Informationsrechte des Unionsrechts auf einer rechtsaktübergreifenden Systematik beruhen, stützt.

Mein besonderer Dank gilt meinem Betreuer, Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Kindler. Den gewährten Freiraum bei der Bearbeitung habe ich ebenso geschätzt wie seine vielen wertvollen Ratschläge. Darüber hinaus danke ich Herrn Prof. Dr. Stephan Lorenz für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens und Herrn PD Dr. David Paulus für seine Mitwirkung bei der mündlichen Prüfung am 14. Juli 2025. Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. Rolf Stürner danke ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

Diese Arbeit ist während meiner Tätigkeit am Institut für Rechtsvergleichung an der Ludwig-Maximilians-Universität München entstanden – die Zeit am Institut wird mir stets in guter Erinnerung bleiben. Der Friedrich-Ebert-Stiftung danke ich für die finanzielle und ideelle Förderung im Rahmen eines Promotionsstipendiums und die Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Promovierenden, die mir dort eröffnet wurden. Schließlich gebührt der Studienstiftung *ius vivum* mein Dank für den großzügigen Zuschuss zu den Druckkosten dieses Werks.

Für die Unterstützung bei der Korrektur des Manuskripts danke ich neben meinen Kolleginnen und Kollegen und meiner Familie Frau Maja L. Eberth, Frau Johanna von Criegern, Herrn Dr. Florian Schwepcke, und Frau Constanze Sieker. Ihnen allen verdanke ich wertvolle Anregungen.

München und Oxford, im Oktober 2025

Matteo Bruno Fontana

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XLIII
Einleitung	1
§ 1 Informationsasymmetrien im klassisch-liberalen Zivilprozess	3
I. Keine allgemeine Rechtspflicht zur Aufklärung gegenüber Jedermann	3
II. Informationsasymmetrien im Prozessrecht	4
III. Zur Notwendigkeit effektiver präparatorischer Informationsrechte in der prozessualen Moderne	6
§ 2 Gang der Untersuchung und Ziele	9
I. Herleitung einheitlicher Prinzipien des autonomen Rechts (Teil I) ...	9
II. Informationsrechte des Unionsrechts dienen Verwirklichung der Ziele der Union (Teil II)	10
III. Herleitung eines allgemeinen unionsrechtlichen Informationsanspruchs (Teil III)	11
§ 3 Begriffsklärungen und Abgrenzung der Themenfrage	13
I. Begriffsklärungen	13
II. Abgrenzung der Themenfrage	14

Teil I: Präparatorische Informationsrechte im autonomen Recht	19
§ 4 Die Überwindung von Informationsasymmetrien im Zivilprozess	21
I. Präparatorische Informationsrechte des materiellen Rechts	22
II. Präparatorische Informationsrechte des Prozessrechts	43
III. Gemischt materiellrechtliche und prozessuale Ansätze zur Überwindung von Informationsasymmetrien	89
IV. Zwischenfazit: Informationsrechte als „undurchdringlicher Wildwuchs“?	91
§ 5 Präparatorische Informationsrechte im internationalen Vergleich	93
I. Informationsrechte in ausgewählten ausländischen Rechtsordnungen	94
II. Internationale Einheitsmodelle	142
III. Informationspflichten im internationalen Schiedsverfahren	148
IV. Zwischenfazit und vergleichende Analyse: <i>Kein nemo tenetur im Ausland</i>	159
§ 6 Einordnung und Systematisierung der Informationsrechte des autonomen Rechts	167
I. Unterscheidung zwischen präparatorischen und sonstigen Informationsrechten	167
II. Unterscheidung zwischen Ausforschung und Offenlegung	170
III. Präparatorische Informationsrechte als Ausprägung von Treu und Glauben	172
IV. Informationsrechte im deutschen Recht: Versuch einer Systematisierung	200
V. Zwischenfazit: Treu und Glauben als einheitliche Grundlage der autonomen Informationsrechte	220
Teil II: Präparatorische Informationsrechte im europäischen Privatrecht	223

§ 7 Präparatorische Informationsrechte im gewerblichen Rechtsschutz	225
I. <i>Enforcement-Richtlinie als Instrument des private enforcement im Binnenmarkt</i>	225
II. <i>Nicht-informationsbezogene Bestimmungen der Enforcement-Richtlinie</i>	227
III. <i>Informationsrechte nach der Enforcement-Richtlinie (Art. 6 ff. Enforcement-RL)</i>	233
IV. <i>Modifizierung des Regelungsgehalts der Art. 6–8 Enforcement-RL im EPGÜ und der EPG-VerfO</i>	251
V. <i>Zwischenfazit: Enforcement-Richtlinie als Baustein eines einheitlichen Systems unionsrechtlicher Informationsrechte</i>	254
§ 8 Präparatorische Informationsrechte im Kartellschadensersatzrecht	259
I. <i>Kartellschadensersatz zwischen öffentlicher und privater Rechtsdurchsetzung</i>	260
II. <i>Nicht-informationsbezogene Regelungen zum Kartellschadensersatz</i>	262
III. <i>Informationsrechte nach der Kartellschadensersatz-Richtlinie</i>	273
IV. <i>Zwischenfazit: Kartellschadensersatz-Richtlinie als Beispiel für effektives private enforcement</i>	307
§ 9 Präparatorische Informationsrechte im kollektiven Verbraucherprozessrecht	311
I. <i>Der „New Deal for Consumers“</i>	312
II. <i>Nicht-informationsbezogene Bestimmungen der Verbandsklagen-Richtlinie</i>	314
III. <i>Informationsrechte nach der Verbandsklagen-Richtlinie (Art. 18 VK-RL)</i>	325
IV. <i>Zwischenfazit: Stärkung des Verbraucherschutzes durch kollektive Rechtsdurchsetzung</i>	340
§ 10 Präparatorische Informationsrechte nach der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette	345
I. <i>Lieferkettenrecht zwischen (Über-)Bürokratisierung und Schutz der Menschenrechte und Umwelt</i>	345

<i>II. Nicht-informationsbezogene Regelungen der Lieferketten-Richtlinie</i>	347
<i>III. Zivilrechtliche Haftung (Art. 29 CSDD-RL)</i>	351
<i>IV. Informationsrechte nach der Lieferketten-Richtlinie (Art. 29 Abs. 3 lit. e CSDD-RL)</i>	359
<i>V. Zwischenfazit: Menschenrechtsschutz durch zivilrechtliche Haftung</i>	364
§ 11 Präparatorische Informationsrechte im Produkt- und KI-Haftungsrecht	371
<i>I. Präparatorische Informationsrechte nach der Produkthaftungs-Richtlinie</i>	371
<i>II. Informationsrechte nach der gescheiterten KI-Haftungs-Richtlinie</i>	388
<i>III. Zwischenfazit: Überwindung komplexitätsbedingter Informationsasymmetrien als Ziel</i>	398
§ 12 Exkurs: Informationsrechte nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz	405
<i>I. Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz</i>	405
<i>II. Informationsrechte nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (§ 17 KapMuG)</i>	406
<i>III. Zwischenfazit: der nach innen wirkende „Brussels Effect“</i>	412
§ 13 Einordnung und Systematisierung der Informationsrechte des Unionsprivatrechts	415
<i>I. Binnenmarktkompetenz als (überdehnte?) Rechtsgrundlage</i>	415
<i>II. Rechtsdurchsetzung durch Ausforschung als Hauptzweck</i>	417
<i>III. Informationsrechte des Unionsrechts: Versuch einer Systematisierung</i>	424
<i>IV. Umsetzung in das nationale Recht</i>	456
<i>V. Zwischenfazit: Informationsrechte des Unionsrechts als einheitliches System</i>	460
Teil III: Auf dem Weg zu einer unionsrechtlichen <i>discovery</i>?	461

§ 14 Herleitung eines allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	463
I. Die Gesamtanalogie als dogmatische Grundlage	463
II. Anwendung der Grundsätze über die Gesamtanalogie auf das europäische Recht der präparatorischen Informationsbeschaffung ...	470
III. Zwischenfazit: das allgemeine unionsrechtliche Informationsrecht ...	483
§ 15 Umsetzung des allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	485
I. Unmittelbare Anwendung des allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	486
II. Richtlinienkonforme Auslegung autonom-rechtlicher Informationsrechte	487
III. Keine Gesamtanalogie zu nationalen Umsetzungsbestimmungen	500
IV. Regelungsfelder der positiven Integration als Grenze	501
V. Zwischenfazit: Umsetzung des allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	502
Fazit und Ausblick	503
§ 16 Fazit in Thesen	505
§ 17 Ausblick	513
Literaturverzeichnis	515
Stichwortverzeichnis	549

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLIII
Einleitung	1
§ 1 Informationsasymmetrien im klassisch-liberalen Zivilprozess	3
I. Keine allgemeine Rechtspflicht zur Aufklärung gegenüber Jedermann	3
II. Informationsasymmetrien im Prozessrecht	4
III. Zur Notwendigkeit effektiver präparatorischer Informationsrechte in der prozessualen Moderne	6
§ 2 Gang der Untersuchung und Ziele	9
I. Herleitung einheitlicher Prinzipien des autonomen Rechts (Teil I) ...	9
II. Informationsrechte des Unionsrechts dienen Verwirklichung der Ziele der Union (Teil II)	10
III. Herleitung eines allgemeinen unionsrechtlichen Informationsanspruchs (Teil III)	11
§ 3 Begriffsklärungen und Abgrenzung der Themenfrage	13
I. Begriffsklärungen	13
II. Abgrenzung der Themenfrage	14
1. Beschränkung auf präparatorische Informationsrechte	14
2. Keine nähere Betrachtung der Handelsvertreter-Richtlinie	15
3. Keine Betrachtung des Familienrechts	16

Teil I: Präparatorische Informationsrechte im autonomen Recht	19
§ 4 Die Überwindung von Informationsasymmetrien im Zivilprozess	21
<i>I. Präparatorische Informationsrechte des materiellen Rechts</i>	22
1. Auskunftsansprüche des Bürgerlichen Rechts	22
a) Auskunftsansprüche mit besonderer gesetzlicher Regelung	23
b) Der sog. „allgemeine“ Auskunftsanspruch	25
aa) Bestehendes Rechtsverhältnis	25
bb) Entschuldbare Unkenntnis	27
cc) „Unschwere“ Möglichkeit des Verpflichteten zur Auskunft	27
c) Auskunftsansprüche als Rechtsfolge eines Schadensersatzanspruchs	28
d) Inhalt und Umfang der Auskunft	29
e) Prozessuale Durchsetzung	30
f) Zwischenfazit: Materielle Auskunftsansprüche	31
2. Materielle Einsichts- und Vorlageansprüche (§§ 809 f. BGB)	31
a) Allgemeiner Anspruch auf Vorlegung von Sachen (§ 809 BGB)	32
aa) Voraussetzungen	32
bb) Rechtsfolgen	33
cc) Durchsetzung im Wege des „Düsseldorfer Verfahrens“	34
b) Allgemeiner Anspruch auf Einsicht in Urkunden (§ 810 BGB)	34
c) Zwischenfazit: Materielle Einsichts- und Vorlagerechte	35
3. Präparatorische Informationsrechte des Aktienrechts	36
a) Sonderprüfer (§§ 142 ff. AktG)	36
aa) Bestellung (§ 142 AktG)	37
bb) Befugnisse des Sonderprüfers (§ 145 AktG)	37
b) Besonderer Vertreter (§ 147 Abs. 2 AktG)	38
c) Zwischenfazit: Informationsverschaffung im Aktienrecht	39
4. Materiellrechtliche Ansätze zur Überwindung von Informationsdefiziten im Prozess	40
a) Erweiterter präparatorischer Informationsanspruch (<i>Winkler von Mohrenfels</i>)	40
b) Allgemeiner vorbereitender Informationsanspruch (<i>Osterloh-Konrad</i>)	41
5. Zwischenfazit: Ausforschung und materielles Recht	42
<i>II. Präparatorische Informationsrechte des Prozessrechts</i>	43
1. Präparatorische Informationsrechte auf Ebene des Parteivortrages	43
a) Erklärungs- und Wahrheitspflicht der Parteien (§ 138 ZPO)	43
aa) Wahrheits- und Vollständigkeitspflicht der darlegungsbelasteten Partei (§ 138 Abs. 1 ZPO)	44

bb) Erklärungspflicht der Gegenseite (§ 138 Abs. 2 ZPO)	45
cc) Zeitpunkt des Parteivortrags (§§ 282, 296 ZPO)	45
dd) Zwischenfazit: Wahrheits- und Vollständigkeitspflicht als Informationsrecht	46
b) Rechtsinstitut der sekundären Darlegungslast	46
aa) Voraussetzungen	47
bb) Rechtsfolgen	48
cc) Verhältnis zu anderen Informationsbeschaffungsinstrumenten	49
dd) Zwischenfazit: Aufklärungspflicht als prozessuale Treuepflicht	50
c) Richterliche Aufklärungspflicht (§ 139 ZPO)	50
2. Präparatorische Informationsrechte auf Ebene der Beweiserhebung	51
a) Parteieinvernahme auf Antrag des Gegners (§§ 445 ff. ZPO)	52
aa) Abgrenzung zu anderen Instituten	52
bb) Voraussetzungen	52
cc) Folgen	53
b) Urkundenvorlage auf Antrag einer Partei (§§ 421 ff. ZPO)	53
aa) Beweiskraft vorgelegter Urkunden	54
bb) Prozessuale Vorlegungspflicht aufgrund materiellen Anspruchs (§§ 421 f. ZPO)	54
(1) Voraussetzungen	55
(2) Rechtsfolgen	55
cc) Vorlegungspflicht bei Bezugnahme (§ 423 ZPO)	56
dd) Vorlegungspflicht Dritter (§ 428 ff. ZPO)	56
c) Amtswegige Anordnung der Urkundenvorlage (§ 142 ZPO, §§ 258, 260 HGB)	56
aa) Normzweck und Genese	57
bb) Verhältnis zu §§ 422 ff. ZPO	57
(1) Erklärungsansätze des Schrifttums	57
(2) Unterschied zu §§ 422 ff. ZPO ergibt sich aus Rechtsnatur und Rechtsfolge	58
cc) Voraussetzungen	59
(1) Begriff der Urkunde in § 142 ZPO	59
(2) Bezugnahme auf konkrete Urkunde	59
(3) Substantiiierter Parteivortrag	61
dd) Vorlegungspflicht Dritter	62
(1) Berechtigung zur Zeugnisverweigerung	62
(2) Unzumutbarkeit	63
(3) Beiziehung von Akten (§ 432 ZPO)	64
ee) Rechtsfolgen	64
(1) Ermessen	64

(2) Durchsetzung	65
ff) Prozessuale Vorlegungspflicht nach dem Handelsgesetzbuch (§§ 258, 260 HGB)	65
(1) Dogmatischer Hintergrund	65
(2) Voraussetzungen und Rechtsfolgen	66
gg) Zwischenfazit: §§ 258, 260 HGB als Vorläufer von § 142 ZPO	67
d) Vorlage von Augenscheinsgegenständen (§§ 144, 371 ff. ZPO) ...	68
e) Selbständiges Beweisverfahren	68
3. Präparatorische Informationsrechte auf Ebene der Beweiswürdigung	69
a) Beweiserleichterungen im Rahmen der Beweiswürdigung (§ 286 ZPO)	69
aa) Indizienbeweis	69
bb) Anscheinsbeweis	70
cc) Tatsächliche Vermutungen	71
dd) Zwischenfazit: Informationswürdigung als Hauptzweck beweisrechtlicher Informationsregeln	72
b) Insbesondere: Grundsätze der Beweisvereitelung	72
aa) Richterrechtliche Erweiterung auf sämtliche Beweismittel	73
bb) Voraussetzungen	74
(1) Verschulden	74
(2) Objektive Pflichtwidrigkeit	75
cc) Rechtsfolgen	76
(1) Aufbewahrungs- und Vorlagepflicht als Kehrseite des Vereitelungsverbot	76
(2) Rechtsfolgen eines Verstoßes	76
dd) Zwischenfazit: Grundsätze der Beweisvereitelung als (vor-)prozessuale Pflicht	78
c) Beweislastumkehr	78
aa) Gesetzliche Sonderfälle der Beweislastverteilung	79
bb) Richterrechtliche Beweislastumkehr	79
cc) „Beweiserleichterung bis hin zur Beweislastumkehr“	80
d) Zwischenfazit: Informationsregeln auf beweisrechtlicher Ebene	81
4. Präparatorische Informationsrechte auf Ebene der Zwangsvollstreckung	81
a) Anspruch auf Abgabe einer Vermögensauskunft (§§ 802c ff. ZPO)	81
aa) Voraussetzungen	82
bb) Rechtsfolgen	82
b) Informationsrechte bei Forderungseinziehung (§ 836 Abs. 3 ZPO)	84
aa) Voraussetzungen	84
bb) Art und Weise der Ausübung, Rechtsfolgen	85

5.	Prozessuale Ansätze zur Überwindung von Informationsdefiziten im Schrifttum	85
a)	Im Sozialinteresse begründete Aufklärungspflicht (<i>von Hippel</i>)	85
b)	Allgemeine prozessuale Aufklärungspflicht (<i>Rolf Stürner</i>)	86
c)	Vorschläge <i>de lege ferenda</i>	88
6.	Zwischenfazit: Prozessrecht als Informationsumverteilungsrecht ...	88
III.	<i>Gemischt materiellrechtliche und prozessuale Ansätze zur Überwindung von Informationsasymmetrien</i>	89
1.	Nach Wahrscheinlichkeit abgestufte Informationspflichten (<i>Lüderitz</i>)	89
2.	Allgemeine Informationspflicht <i>de lege ferenda</i> (<i>Beckhaus</i>)	90
IV.	<i>Zwischenfazit: Informationsrechte als „undurchdringlicher Wildwuchs“?</i>	91
§ 5 Präparatorische Informationsrechte im internationalen Vergleich		93
I.	<i>Informationsrechte in ausgewählten ausländischen Rechtsordnungen</i>	94
1.	Österreich	94
a)	Materielle Informationsrechte	95
aa)	Auskunftsansprüche	95
bb)	Vorlageansprüche	96
b)	Präparatorische Informationsrechte im Prozessrecht	96
aa)	Abgeschwächter Untersuchungsgrundsatz der öZPO	97
bb)	Fragerecht der Parteien (§ 184 öZPO)	97
cc)	Parteivernehmung (§§ 371 ff. öZPO)	98
dd)	Pflicht zur Vorlage von Urkunden	99
(1)	Urkundenvorlagepflicht der Partei (§§ 303 ff. öZPO)	99
(2)	Urkundenvorlagepflicht Dritter (§ 308 öZPO)	100
(3)	Sonstige Vorlagepflichten	101
c)	Zwischenfazit: Österreichisches Recht kennt allgemeine Aufklärungspflicht	101
2.	Italien	102
a)	Materielle Informationsrechte	103
aa)	Besondere Auskunftspflichten	103
bb)	Allgemeine Auskunftspflicht aus Treu und Glauben	103
b)	Überwindung von Informationsasymmetrien im Prozessrecht ...	104
aa)	Starke Formalisierung des italienischen Prozessrechts	105
bb)	Prozessuale Treuepflicht der Parteien kodifiziert, aber nur schwach ausgeprägt	106
cc)	Prozessuale Informationspflichten	106
(1)	Förmliche Parteivernehmung (Art. 2730 c.c., Art. 228 ff. c.p.c)	106

(a) Geständnis (<i>confessione</i>)	107
(b) Parteieid (<i>giuramento</i>)	107
(2) Formlose Parteianhörung (Art. 117 c.p.c.)	107
(3) Versicherungsrechtliches Regulierungsverfahren (Art. 148 c.a.p.)	108
dd) Amtswegige Untersuchung (<i>ispezione</i> , Art. 118 c.p.c.)	109
(1) Voraussetzungen	109
(2) Einwendungen	110
(3) Rechtsfolgen und Sanktionen	110
ee) Vorlageanspruch der Parteien (<i>esibizione</i>)	111
(1) Allgemeine zivilprozessuale Vorlagepflicht (Art. 210 c.p.c.)	111
(a) Voraussetzungen	111
(b) Insbesondere: Erforderlichkeit	112
(c) Rechtsfolgen	113
(2) Handelsrechtliche Vorlagepflichten (Art. 2711 c.c.)	113
(3) Prozessuale Vorlagepflicht in Kollektivklageverfahren (Art. 840- <i>quinquies</i> c.p.c.)	115
c) Zwischenfazit: Starke Formalisierung des italienischen Prozessrechts als Hindernis	115
3. England	116
a) Woolf-Reform und die Civil Procedure Rules	116
b) Prozessuale Informationspflicht nach Titel 18 CPR (<i>further information</i>)	117
c) Offenlegung (<i>disclosure</i>) von Unterlagen nach Titel 31 der Civil Procedure Rules	118
aa) Früheres <i>discovery</i> -Regime nach den Rules of the Supreme Court 1965	118
bb) Offenlegung und Vorlage von Unterlagen	119
(1) Anwendbarkeit des <i>disclosure</i> -Verfahrens nach Titel 31 CPR	119
(2) <i>Standard disclosure</i> im <i>fast track</i> -Verfahren (Rule 31.6 CPR)	120
(3) <i>Disclosure</i> in <i>intermediate</i> und <i>multi-track</i> -Verfahren (Rule 31.5 (2) ff. CPR)	120
(4) <i>Specific disclosure</i> (Rule 31.12 CPR)	121
cc) Einwendungen	121
(1) Einwendung der Unverhältnismäßigkeit	122
(2) Schutz der Privatsphäre	122
(3) Schutz von Geschäftsgeheimnissen	123
(4) Absolute Verweigerungsrechte (<i>privileges</i>)	123
(a) Schutz des anwaltlichen Beratungsgeheimnisses	123
(b) Schutz gegen Pflicht zur Selbstbezeichnung	124

(c) Schutz von in Vergleichsgesprächen und Schiedsverfahren offengelegten Informationen	124
(5) Offenlegungsverbot aus Gründen der öffentlichen Ordnung (<i>public interest immunity</i>)	124
dd) Rechtsfolgen und Sanktionen	125
ee) Vorprozessuale Informationsrechte	126
(1) Klagevorbereitende Verfahrensregeln (<i>pre-action protocols</i>)	126
(2) Vorprozessuale Vorlageanordnung (<i>pre-action disclosure</i>)	126
(3) Sonstige Informationsrechte	127
d) Vorlage sonstiger Beweismittel	127
e) Offenlegungs- und Vorlagepflichten Dritter	127
aa) Offenlegungspflichten nach den Civil Procedure Rules	128
bb) Auskunftspflicht Dritter nach <i>equity</i> -Grundsätzen (<i>Norwich Pharmaceutical-Order</i>)	128
f) Zwischenfazit: Prozessuale Ausgestaltung englischer Informationsrechte	129
4. Vereinigte Staaten	130
a) Federal Rules of Civil Procedure und Informationspflichten der Parteien	130
b) Prozessuale Informationspflichten	132
aa) Fragenkataloge (<i>interrogatories</i> , Rule 33 FRCP)	132
bb) Aufforderung zum Geständnis (<i>request for admission</i> , Rule 36 FRCP)	133
cc) Mündliche Vernehmungen im Parteibetrieb (<i>depositions</i> , Rule 28–32 FRCP)	133
c) Ablauf der <i>pre-trial disclosure and discovery</i> im Einzelnen	134
aa) Einleitung des Verfahrens und Aufbewahrungspflicht	134
bb) Automatische Vorlage bei Bezugnahme (<i>required disclosures</i>)	135
cc) Voraussetzungen der <i>discovery</i> von Gegenständen	136
dd) Sonstige prozessualen Informationsrechte	138
ee) Einwendungen und sonstige Beschränkungen	138
(1) Gerichtlich angeordnete Beschränkungen	138
(2) Absolute Verweigerungsrechte (<i>privileges</i>)	138
(3) Geheimnisschutz	140
ff) Rechtsfolgen und Sanktionen	140
d) Vorprozessuale Beweissicherung (<i>pre-litigation discovery</i>)	141
e) Prozessuale Informationspflichten Dritter	141
f) Zwischenfazit: prozessuale Ausforschung als Ziel US- amerikanischer <i>discovery</i>	142

<i>II. Internationale Einheitsmodelle</i>	142
1. Storme-Entwurf	142
a) Genese	143
b) Informationsrechte der Parteien nach dem Storme-Entwurf	143
2. ALI/UNIDROIT Principles of Transnational Civil Procedure	144
a) Genese	144
b) Informationsrechte der Parteien nach den Principles	145
3. ELI/UNIDROIT European Model Rules of Civil Procedure	146
a) Genese	146
b) Informationsrechte der Parteien nach den Model Rules	147
4. Zwischenfazit: Internationaler Konsens sieht weitergehende (prozessuale) Informationsrechte als deutsches Recht vor	148
<i>III. Informationspflichten im internationalen Schiedsverfahren</i>	148
1. Keine Regelung präparatorischer Informationspflichten im 10. Buch der ZPO	149
2. Beweisverfahrensregelungen nach DIS-Schiedsgerichtsordnung und ICC Rules	150
3. IBA Rules on the Taking of Evidence 2020 als internationaler Standard	151
a) Prozessuale Auskunftspflichten nach den IBA Rules on the Taking of Evidence 2020	151
b) Verfahren der Urkundenvorlage (Art. 3, 9 IBA Rules)	152
aa) Voraussetzungen eines Vorlagebegehrens (Art. 3 IBA Rules)	153
(1) Genaue Bezeichnung der Urkunde	153
(2) <i>Relevance-and-materiality</i> -Kriterium	153
(3) Besitz der Gegenseite	154
bb) Verweigerungsrechte und sonstige Einwendungen (Art. 9 IBA Rules)	155
(1) Verweigerungsrechte (Art. 9 Abs. 2 lit. d iVm Abs. 4 IBA Rules)	155
(2) Sonstige Einwendungen	155
cc) Rechtsfolgen und Sanktionen	156
dd) Vorlage durch Dritte	157
c) Augenschein (Art. 7 IBA Rules)	157
4. Prague Rules 2018 als (ost)europäische Alternative	157
a) Aktive Rolle des Schiedsgerichts (Art. 2 Prague Rules)	158
b) Dokumentenvorlageverfahren (Art. 3 f. Prague Rules)	158
5. Zwischenfazit: Weitgehender Informationsaustausch im Schiedsverfahren	158
<i>IV. Zwischenfazit und vergleichende Analyse: Kein nemo tenetur im Ausland</i>	159
1. Kein <i>nemo tenetur edere contra se</i> -Grundsatz	159

2.	Präparatorische Informationsrechte regelmäßig prozessual qualifiziert	160
a)	Präparatorische Informationsrechte regelmäßig im Verfahrensrecht eingebettet	160
b)	Präparatorische Informationsrechte auch bei funktionaler Betrachtung prozessual	160
3.	Unterscheidung zwischen Auskunft- und Offenlegungspflichten ...	161
a)	Auskunftsansprüche international uneinheitlich geregelt	161
b)	Offenlegungsansprüche erfordern Bezug zu Sachvortrag und Verhältnismäßigkeit	162
4.	Katalogisierte Einwendungen, aber gerichtlicher Ermessensspielraum im kontinentaleuropäischen Rechtsraum	163
5.	Nichtbefolgung einer Informationspflicht jedenfalls innerprozessual sanktioniert	164
6.	Informationspflichten Dritter stärken Beschränkungen unterworfen	165
§ 6 Einordnung und Systematisierung der Informationsrechte des autonomen Rechts		167
<i>I. Unterscheidung zwischen präparatorischen und sonstigen Informationsrechten</i>		167
1.	Präparatorische Informationsrechte betreffen Prozessgegner	168
2.	Testatorische Informationsrechte knüpfen an allgemeine Bürgerpflicht an	168
3.	Kompletorische Informationsrechte erfüllen keine prozessbezogene Funktion	169
4.	Beweiserleichterungen dienen Überwindung unklarer Informationslagen	169
5.	Im Folgenden nähere Untersuchung der präparatorischen Informationsrechte	170
<i>II. Unterscheidung zwischen Ausforschung und Offenlegung</i>		170
1.	Ausforschende Informationsrechte regelmäßig materiellrechtlicher Natur	170
2.	Offenlegungsrechte regelmäßig prozessualer Natur	171
<i>III. Präparatorische Informationsrechte als Ausprägung von Treu und Glauben</i>		172
1.	Treu und Glauben als einheitliche dogmatische Rechtsgrundlage ...	173
a)	Treu und Glauben im materiellen Recht (§ 242 BGB)	174
aa)	Entstehen von Redlichkeitspflichten	174
bb)	Ausprägungen (Funktionen) des Grundsatzes von Treu und Glauben	175

cc)	Materielle Informationsrechte als Ausprägung der Ergänzungsfunktion	178
(1)	Treu und Glauben als Grundlage der Auskunftsansprüche des materiellen Rechts	178
(2)	Treu und Glauben als Grundlage der sonstigen materiellen Informationsrechte	179
b)	Treu und Glauben im Prozessrecht	180
aa)	Prozessrechtsverhältnis als dogmatischer Anknüpfungspunkt von Treuepflichten	180
(1)	Das Prozessrechtsverhältnis	181
(2)	Zivilprozess als auf Rechtsdurchsetzung im Einzelfall gerichtetes Verfahren	183
(3)	Zwischenfazit: Prozessrechtsverhältnis als Grundlage ...	184
bb)	Funktionen des Gebots von Treu und Glauben im Prozessrecht	185
(1)	Keine Korrekturfunktion	185
(2)	Schrankenfunktion	185
(3)	Informationsrechte als Ausdruck der Ergänzungsfunktion von Treu und Glauben	186
(a)	<i>Rolf Stürners</i> Kritik	187
(b)	Informationsrechte des Prozessrechts als Ausprägung von Treu und Glauben	188
c)	Vorrang materieller Gerechtigkeit vor Interessen der Allgemeinheit	189
aa)	Informationsrechte dienen Verwirklichung materieller Gerechtigkeit im Einzelfall	189
bb)	Regulierende Wirkung präparatorischer Informationspflichten bloßer Reflex	190
d)	Zwischenfazit: Treu und Glauben als einheitliche Grundlage präparatorischer Informationsrechte	191
2.	Aufteilung präparatorischer Informationsrechte nicht dogmatisch bedingt	192
a)	Rechtsvergleichende Betrachtung	192
b)	Rechtshistorische Betrachtung	193
aa)	Der römische Formularprozess	193
bb)	Aufteilung präparatorischer Informationsrechte Folge der Abkehr vom aktionenrechtlichen Denken	194
3.	Einheitliches System nach wie vor fragmentarisch im Gesetz verankert	196
a)	Ausnahmen von der Trennung zwischen materiellen Ausforschungs- und prozessualen Offenlegungsrechten	196
b)	Stufenklage (§ 254 ZPO) und § 422 ZPO als Transmissionsriemen	197

aa) Verbindung im Wege der Stufenklage (§ 254 ZPO)	197
bb) Verknüpfung materieller Edition mit prozessualen Beweisanträgen (§ 422 ZPO)	198
4. Zwischenfazit: einheitliches System präparatorischer Informationsrechte	198
<i>IV. Informationsrechte im deutschen Recht: Versuch einer Systematisierung</i>	200
1. Voraussetzungen	200
a) Sonderverbindung	200
aa) Sonderverbindung als unabdingbare dogmatische Voraussetzung	201
bb) Wahrscheinlichkeitserfordernis des § 809 BGB als Beweiserleichterungsregel	201
cc) Wahrscheinlichkeitserfordernis nicht verallgemeinerungsfähig	202
b) Substanziierter Vortrag über das Bestehen des Hauptanspruchs	203
c) Informationsdefizit	205
d) Entschuldbarkeit des Informationsdefizits	205
2. Einwendungen	206
a) Geschäftsgeheimnisschutz	207
aa) Geheimnisschutz im selbständigen Zwischenverfahren	208
bb) Geheimnisschutz bei Informationsverlangen im Rahmen des Hauptsacheverfahrens	209
cc) Zwischenfazit	209
b) Schutz von Privatgeheimnissen	209
c) Schutz des anwaltlichen Beratungsgeheimnisses	210
aa) Persönlicher Schutzbereich	211
bb) Sachlicher Schutzbereich	212
cc) Ausnahmen	213
d) Kein Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung	213
e) Ausnahme bei Gefahr der Strafverfolgung wegen Akt der Informationserteilung	215
f) Sonstige Fälle der Unzumutbarkeit	215
g) Zwischenfazit: Einwendungen einheitlich auszulegen	215
3. Rechtsfolgen	216
a) Rechtsfolgen im außerprozessualen Stadium	216
aa) Materielle (sachverhaltsausforschende) Informationsrechte	216
bb) Grundsätze der Beweisvereitelung als vorprozessuale Informationspflicht	217
b) Rechtsfolgen im Erkenntnisverfahren	218
aa) Sachverhaltsausforschung	218
bb) Offenlegung von Beweismitteln	219

c) Rechtsfolgen im Zwangsvollstreckungsverfahren	219
4. Konkurrenzen zwischen prozessualen und materiellen Informationsrechten	220
V. <i>Zwischenfazit: Treu und Glauben als einheitliche Grundlage der autonomen Informationsrechte</i>	220
 Teil II: Präparatorische Informationsrechte im europäischen Privatrecht	223
 § 7 Präparatorische Informationsrechte im gewerblichen Rechtsschutz	225
I. <i>Enforcement-Richtlinie als Instrument des private enforcement im Binnenmarkt</i>	225
1. Ziel: Stärkung des Binnenmarktes durch Verbesserung des <i>private enforcement</i>	225
2. TRIPS-Übereinkommen und <i>best practices</i> der Mitgliedstaaten als Blaupause	226
II. <i>Nicht-informationsbezogene Bestimmungen der Enforcement-Richtlinie</i>	227
1. Nicht-informationsbezogene Bestimmungen der Enforcement-Richtlinie	227
a) Anwendungsbereich, Günstigkeitsprinzip (Art. 2 Abs. 1 Enforcement-RL)	228
b) Allgemeine Verpflichtung (Art. 3 Enforcement-RL)	228
c) Abhilfemöglichkeiten (Art. 10–13 Enforcement-RL)	229
aa) Allgemeine Abhilfemaßnahmen (Art. 10 Enforcement-RL)	229
bb) Unterlassungsanordnung (Art. 11 Enforcement-RL)	229
cc) Abwendungsbefugnis (Art. 12 Enforcement-RL)	230
d) Schadensersatz und <i>loser pays</i> -Prinzip (Art. 13 f. Enforcement-RL)	230
aa) Regelungsgehalt	230
bb) Art. 13 Enforcement-RL zwischen Ausgleichs- und Abschreckungsfunktion	230
e) Einstweilige Maßnahmen (Art. 9 Enforcement-RL)	231
2. Umsetzung in nationales Recht	232
III. <i>Informationsrechte nach der Enforcement-Richtlinie (Art. 6 ff. Enforcement-RL)</i>	233
1. Offenlegung von Beweismitteln im Hauptsacheprozess (Art. 6 Enforcement-RL)	233
a) Rechtsnatur des in Art. 6 Enforcement-RL kodifizierten Informationsrechts	233

b)	Vorgaben der Enforcement-Richtlinie	234
aa)	Voraussetzungen	234
(1)	Begriff des „Beweismittels“	234
(2)	Bezeichnung des Beweismittels	235
(3)	Verfügungsgewalt des Informationsschuldners	236
(4)	Plausibilität des eigenen Sachvortrags	236
bb)	Einwendungen	237
cc)	Rechtsfolgen	237
dd)	Informationsrecht bezüglich Finanz-, Bank-, und Handelsunterlagen (Art. 6 Abs. 2 Enforcement-RL)	238
c)	Umsetzung in nationales Recht	239
aa)	Voraussetzungen	239
bb)	Rechtsfolgen	240
cc)	Umsetzung von Art. 6 Abs. 2 Enforcement-RL	241
d)	Zwischenfazit: Doppelfunktion des Offenlegungsrechts	241
2.	Maßnahmen der Beweissicherung (Art. 7 Enforcement-RL)	241
a)	Vorgaben der Enforcement-Richtlinie	241
aa)	Voraussetzungen	242
(1)	Begriff des „Beweismittels“	242
(2)	Bezeichnung des Beweismittels	242
(3)	Begründung der Rechtsverletzung	243
(4)	(Kein) Dringlichkeitserfordernis	243
bb)	Einwendungen	244
cc)	Rechtsfolgen	244
b)	Umsetzung	245
aa)	Voraussetzungen	245
bb)	Rechtsfolgen	247
c)	Zwischenfazit: Ausweitung vorprozessualer Instrumente zu Ausforschungszwecken	247
3.	Verhältnis zwischen Art. 6 und Art. 7 Enforcement-RL	247
4.	Recht auf Auskunft (Art. 8 Enforcement-RL)	248
a)	Vorgaben der Enforcement-Richtlinie	249
aa)	Voraussetzungen	249
(1)	Begründeter Antrag	249
(2)	Verhältnismäßigkeitsvorbehalt	250
bb)	Rechtsfolgen	250
b)	Umsetzung	250
c)	Zwischenfazit: Verhältnis zu Art. 6 f. Enforcement-RL	251
IV.	<i>Modifizierung des Regelungsgehalts der Art. 6–8 Enforcement-RL im EPGÜ und der EPG-VerfO</i>	251
1.	Anordnung der Beweisvorlage (Art. 59 EPGÜ, Regel 190 EPG- VerfO)	252

2. Sicherung von Beweismitteln (Art. 60 EPGÜ, Regel 192 ff. EPG-VerfO)	253
3. Auskunftspflicht (Art. 67 EPGÜ, Regel 191 EPG-VerfO)	253
4. Bestimmungen zum Geheimnisschutz	254
<i>V. Zwischenfazit: Enforcement-Richtlinie als Baustein eines einheitlichen Systems unionsrechtlicher Informationsrechte</i>	<i>254</i>
1. <i>Private enforcement</i> durch Verbesserung des Durchsetzungsrechts	255
2. Offenlegung und Auskunft (noch) getrennt geregelt	255
3. Stärkung vorprozessualer Ausforschung Eigenheit des gewerblichen Rechtsschutzes	256
4. Geschäftsgeheimnisschutz auf generalklauselartige Bestimmung beschränkt	257
5. Übernahme der Art. 6–8 Enforcement-RL in das EPGÜ	257
 § 8 Präparatorische Informationsrechte im Kartellschadensersatzrecht	 259
<i>I. Kartellschadensersatz zwischen öffentlicher und privater Rechtsdurchsetzung</i>	<i>260</i>
1. Kartellrechtsdurchsetzung im Binnenmarkt vom <i>public</i> hin zum <i>private enforcement</i>	260
2. Doppelter Zweck der Kartellschadensersatz-Richtlinie	261
<i>II. Nicht-informationsbezogene Regelungen zum Kartellschadensersatz</i>	<i>262</i>
1. Nicht-informationsbezogene Regelungen der Kartellschadensersatz-Richtlinie	263
a) Anwendungsbereich (Art. 1 f., 22 KartellSE-RL)	263
b) Allgemeine Grundsätze (Art. 3 f. KartellSE-RL)	264
c) Wirkung kartellbehördlicher Entscheidungen (Art. 9 KartellSE-RL)	264
aa) Zweck der Bindungswirkung und Verhältnis zur Kartellverfahrens-Verordnung	265
bb) Umfang der Bindungswirkung	266
d) Kronzeugenprivilegierung (Art. 11 Abs. 4–6 KartellSE-RL)	266
e) Vorgaben zur Bestimmung des Schadensersatzes (Art. 13 ff. KartellSE-RL)	266
aa) Parteien	267
bb) Schadensvermutung und -schätzung (Art. 17 KartellSE-RL)	268
cc) Berücksichtigung der Weiterwälzung (Art. 12 KartellSE-RL)	269
dd) Weiterwälzungseinwand (Art. 13 KartellSE-RL)	269
ee) Ansprüche des mittelbaren Abnehmers (Art. 14 f. KartellSE-RL)	270

2.	Umsetzung in nationales Recht	270
a)	Bindungswirkung behördlicher Entscheidungen (§ 33b GWB)	271
b)	Kronzeugenprivilegierung (§ 33e GWB)	271
c)	Schadensvermutung und -schätzung (33a Abs. 2 GWB)	272
d)	Schadensabwälzung (§ 33c GWB)	272
3.	Zwischenfazit: Kartellschadensersatz-Richtlinie als Fortentwicklung des Primärrechts	273
III.	Informationsrechte nach der Kartellschadensersatz-Richtlinie	273
1.	Offenlegung nach der Kartellschadensersatz-Richtlinie (Art. 5 ff. KartellSE-RL)	273
a)	Offenlegung von Beweismitteln, die beim Gegner liegen (Art. 5 KartellSE-RL)	274
aa)	Voraussetzungen	274
(1)	Begriff des „Beweismittels“	274
(2)	Bezeichnung des Beweismittels	275
(3)	Verfügungsgewalt des Informationsschuldners	276
(4)	Plausibilität des eigenen Sachvortrags	276
(5)	Relevanz des Beweismittels für den Sachvortrag	277
(6)	Teleologische Beschränkung auf Fälle struktureller Informationsasymmetrie?	277
bb)	Einwendungen des Informationsschuldners	278
(1)	Insbesondere: Schutz vertraulicher Informationen (Art. 5 Abs. 3 lit. c, Abs. 4 KartellSE-RL)	279
(a)	Begriff der vertraulichen Information	280
(b)	Entscheidung über ‚Ob‘ der Offenlegung (Art. 5 Abs. 3 lit. c KartellSE-RL)	280
(c)	Geheimnisschutzmaßnahmen bei Offenlegung (Art. 5 Abs. 4 KartellSE-RL)	281
(2)	Anwaltsprivileg (Art. 5 Abs. 6 KartellSE-RL)	283
(3)	Beweismittel aus behördlichem Verfahren (Art. 6 f. KartellSE-RL)	283
cc)	Rechtsfolgen	285
b)	Offenlegung von Beweismitteln durch Wettbewerbsbehörde (Art. 6 KartellSE-RL)	285
2.	Umsetzung in nationales Recht (§ 33g GWB)	285
a)	Informationsrechte nach materiellem Recht (§ 33g GWB)	286
aa)	Informationsrecht des Geschädigten (§ 33g Abs. 1, 10 GWB)	286
(1)	Voraussetzungen	287
(a)	Aktivlegitimation	287
(b)	Begriff des Beweismittels im Sinne von § 33g Abs. 1 GWB	287
(c)	Bezeichnung des Beweismittels	287

(d) Besitz des Informationsschuldners	288
(e) Glaubhaftmachung einer Sonderverbindung	288
(f) Erforderlichkeit des Beweismittels	290
(2) Einwendungen (33g Abs. 3–6, Abs. 9 GWB)	290
(a) Für behördliches Verfahren erstellte Beweismittel (§ 33g Abs. 4 f. GWB)	290
(b) Allgemeiner Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit (§ 33g Abs. 3 GWB)	291
(c) Insbesondere: Zweistufiges Geheimnisschutzverfahren (§ 33g Abs. 3 Nr. 6, Abs. 6 GWB)	292
(d) Anwaltsprivileg und Schutz sonstiger Kommunikation (§ 33g Abs. 6 S. 1, 3 GWB)	293
(3) Rechtsfolgen	293
(a) Inhalt und Umfang des Anspruchs	294
(b) Zwangsweise Durchsetzung	295
(c) Schadensersatz bei Falschinformation (§ 33g Abs. 8 GWB) und weitere Rechtsfolgen	295
bb) Informationsrecht des Kartellanten (§ 33g Abs. 2, 10 GWB)	296
(1) Voraussetzungen	297
(2) Besonderheiten im Zusammenhang mit Abtretungsmodellen	297
(3) Einwendungen, Rechtsfolgen	298
b) Geltendmachung des Informationsanspruchs, innerprozessuale Durchsetzung (§ 89b GWB)	298
aa) Eigenständige Durchsetzung im Klagewege	299
bb) Antrag auf Erlass einer Vorlageanordnung nach § 142 ZPO (§ 89b Abs. 1 GWB)	299
cc) Antrag auf Erlass eines Zwischenurteils (§ 89b Abs. 3 GWB)	300
dd) Vorgaben zur Geltendmachung im einstweiligen Rechtsschutz (§ 89b Abs. 5 GWB)	301
ee) Prozeduralisierung des Geheimnisschutzes (§ 89b Abs. 6–8 GWB)	302
(1) Unterlagen der <i>black list</i> iSv § 33g Abs. 4 GWB (§ 89b Abs. 8 GWB)	302
(2) Verfahrensrechtliche Entscheidung über ‚Ob‘ der Offenlegung (§ 89b Abs. 6 GWB)	302
(3) Verfahrensrechtliche Geheimnisschutzmaßnahmen (§ 89b Abs. 7 GWB)	303
c) Aufwendungsersatzanspruch (33g Abs. 7 GWB)	304
aa) Aufwendungsersatz nur bei sonst unverhältnismäßiger Offenlegung	305
bb) Vorläufige Natur des Aufwendungsersatzes nach § 33g Abs. 7 GWB	305

d) Testatorische Informationsrechte gegen die Wettbewerbsbehörde (§ 89c GWB)	306
3. Zwischenfazit: Effektives Informationsrecht unglücklich umgesetzt	306
<i>IV. Zwischenfazit: Kartellschadensersatz-Richtlinie als Beispiel für effektives private enforcement</i>	307
1. Effektive private Rechtsdurchsetzung durch präparatorische Informationsrechte	307
2. Ausforschungszweck von Art. 5 KartellSE-RL gebietet weite Auslegung	308
3. Klar definierte Einwendungen als Kehrseite weitgehender Informationsrechte	309
4. Gemischt materiell-prozessrechtliche Umsetzung dysfunktional ausgestaltet	309
 § 9 Präparatorische Informationsrechte im kollektiven Verbraucherprozessrecht	311
<i>I. Der „New Deal for Consumers“</i>	312
1. Der „New Deal for Consumers“ im materiellen Unionsprivatrecht	312
a) Verbraucheranspruch auf Schadensersatz (Art. 11a UGP-RL) ...	312
b) Harmonisierte Sanktionsregeln	313
2. Der New Deal for Consumers im Zivilverfahrensrecht: Die Verbandsklagen-Richtlinie	313
<i>II. Nicht-informationsbezogene Bestimmungen der Verbandsklagen-Richtlinie</i>	314
1. Regelungsgehalt der Verbandsklagen-Richtlinie	315
a) Anwendungsbereich (Art. 1 ff. VK-RL)	315
b) Unterscheidung zwischen Unterlassungs- und Abhilfeklagen ...	316
aa) Unterlassungsklage (Art. 7 Abs. 4 lit. a, Art. 8 VK-RL) ...	316
bb) Insbesondere: die neue Abhilfeklage (Art. 7 Abs. 4 lit. b, Art. 9 ff. VK-RL)	316
(1) Finanzierung von Abhilfeklagen (Art. 10 VK-RL)	316
(2) Ausgestaltung als „Opt-in“ oder „Opt-out“ den Mitgliedstaaten überlassen	317
(3) Sonstige Vorgaben zum Abhilfeverfahren	318
c) Wirkungen rechtskräftiger Entscheidungen (Art. 15 VK-RL) ...	318
aa) Wirkungen rechtskräftiger Unterlassungsentscheidungen ...	318
bb) Wirkungen gegenüber angemeldeten Verbrauchern	318
cc) Wirkungen gegenüber <i>nicht</i> angemeldeten Verbrauchern ...	318
2. Umsetzung in nationales Recht	319
a) Vorgeschichte	319

b) Anwendungsbereich (§ 1 VDuG)	321
c) Finanzierung (§ 4 Abs. 2 VDuG)	322
d) Insbesondere: Die neue Abhilfeklage (§§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 14 ff. VDuG)	323
aa) Dogmatische Einordnung	323
bb) An- und Abmeldung der Verbraucher (§ 46 VDuG)	324
cc) Folge wirksamer Klageerhebung und der Abhilfeentscheidung	324
(1) Folgen für angemeldete Verbraucher	324
(2) Folgen für nicht-angemeldete Verbraucher (Art 15 VK- RL)	325
III. Informationsrechte nach der Verbandsklagen-Richtlinie (Art. 18 VK- RL)	325
1. Allgemeiner Anspruch auf Offenlegung von Beweismitteln (Art. 18 VK-RL)	326
a) Vorgaben der Verbandsklagen-Richtlinie (Art. 18 VK-RL)	327
aa) Voraussetzungen	327
(1) Selbständiges testatorisches Informationsrecht	327
(2) Begriff des „Beweismittels“	327
(3) Bezeichnung des Beweismittels	328
(4) Verfügungsgewalt des Informationsschuldners	328
(5) Plausibilität des eigenen Sachvortrags	329
bb) Einwendungen	330
cc) Rechtsfolgen	330
b) Umsetzung in nationales Recht (§ 6 VDuG iVm § 142 ZPO)	331
aa) Sanktionierung durch Ordnungsgeld (§ 6 VDuG)	331
bb) Unzureichende Umsetzung	332
2. Pflicht zur Offenlegung der Finanzierungsvereinbarung (§ 4 Abs. 3 S. 2 VDuG)	333
a) Vorgaben der Verbandsklagen-Richtlinie	333
b) Pflicht zur Offenlegung der Finanzierungsvereinbarung (§ 4 Abs. 3 S. 2 VDuG)	334
aa) Regelungsgehalt	334
bb) Rechtsfolge: Offenlegung (nur) gegenüber Gericht	334
(1) Wortlaut und Systematik	335
(2) Sinn und Zweck	335
(3) Verfassungskonforme Auslegung	337
(a) Offenlegung an Beklagten nur, soweit Finanzierungsregel dies gebietet	337
(b) Voraussetzunglose Offenlegung verletzt Gebot der prozessualen Waffengleichheit	338
(4) Vorbehalt der Vertraulichkeit und Verhältnismäßigkeit gebietet enge Auslegung	339

c) Zwischenergebnis: Offenlegung nur bei Finanzierung durch Wettbewerber	339
3. Zwischenfazit: Kollektivrechtliche Informationsrechte unionsrechtlich determiniert	339
<i>IV. Zwischenfazit: Stärkung des Verbraucherschutzes durch kollektive Rechtsdurchsetzung</i>	340
1. Verwirklichung allgemeiner politischer Ziele als Primärzweck der Richtlinie	340
2. Restriktive Ausgestaltung der Drittfinanzierung stellt Erfolg der Richtlinie infrage	341
3. Informationsrechte in der Systematik von Verbandsklagen-Richtlinie und VDuG	341
a) Informationsrecht dient Verwirklichung der Ziele der Verbandsklagen-Richtlinie	342
b) Umsetzung von Art. 18 VK-RL teilweise unzureichend	343
c) Anspruch auf Offenlegung von Finanzierungsunterlagen restriktiv auszulegen	343
 § 10 Präparatorische Informationsrechte nach der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette	345
<i>I. Lieferkettenrecht zwischen (Über-)Bürokratisierung und Schutz der Menschenrechte und Umwelt</i>	345
<i>II. Nicht-informationsbezogene Regelungen der Lieferketten-Richtlinie</i>	347
1. Anwendungsbereich (Art. 1 f. CSDD-RL)	347
2. Sorgfaltspflichten in der Aktivitätskette (Art. 5 ff. CSDD-RL)	348
a) Negative Auswirkung (Art. 3 Abs. 1 lit. b, c CSDD-RL)	348
b) Aktivitätskette (Art. 3 Abs. 1 lit. g CSDD-RL)	349
c) Sorgfaltspflichten (Art. 5 ff. CSDD-RL)	349
<i>III. Zivilrechtliche Haftung (Art. 29 CSDD-RL)</i>	351
1. Kollisionsrechtliche Anwendbarkeit	352
2. Voraussetzungen	353
a) Aktiv- und Passivlegitimation	354
b) Verletzung einer Sorgfaltspflicht nach Art. 10 f. CSDD-RL	354
c) Verschulden	355
d) Verletzung eines Rechts oder Rechtsgutes (Art. 29 Abs. 1 lit. b CSDD-RL)	356
e) Kausalität	356
f) Ausschluss bei nur mittelbarer Verantwortlichkeit (Art. 29 Abs. 1 S. 2 CSDD-RL)	357
3. Rechtsfolgen	357
4. Verhältnis zum behördlichen <i>public enforcement</i>	358

<i>IV. Informationsrechte nach der Lieferketten-Richtlinie (Art. 29 Abs. 3 lit. e CSDD-RL)</i>	359
1. Voraussetzungen	360
a) Begriff des „Beweismittels“	360
b) Antrag des Klägers; Bezeichnung des Beweismittels	361
c) Verfügungsgewalt des Informationsschuldners	361
d) Plausibilität des eigenen Sachvortrags	362
2. Einwendungen (Art. 29 Abs. 3 lit. e UAbs. 2 f. CSDD-RL)	362
a) Allgemeiner Einwand der Unverhältnismäßigkeit	362
b) Schutz vertraulicher Informationen	362
c) Anwaltsprivileg (Erwgr. 43 CSDD-RL)	363
d) Vorrang des <i>public enforcement</i> analog Art. 6 f. KartellSE-RL?	363
3. Rechtsfolgen	363
<i>V. Zwischenfazit: Menschenrechtsschutz durch zivilrechtliche Haftung</i>	364
1. Schleichende Ausdehnung der Binnenmarktkompetenz	364
2. <i>Private Enforcement</i> als Baustein für die Durchsetzung lieferkettenrechtlicher Sorgfaltspflichten	365
3. Informationsrecht zur effektiven Privatrechtsdurchsetzung unabdingbar	365
4. <i>Exkurs</i> : Vorschlag zur Umsetzung von Art. 29 Abs. 3 lit. e CSDD- RL	366
a) Maßgebliche Überlegungen	366
b) Umsetzungsvorschlag	367
 § 11 Präparatorische Informationsrechte im Produkt- und KI- Haftungsrecht	371
<i>I. Präparatorische Informationsrechte nach der Produkthaftungs- Richtlinie</i>	371
1. Produkthaftungs-Richtlinie von 1985 als Ausgangspunkt	372
2. Nicht-informationsbezogene Regelungen der Produkthaftungs- Richtlinie	373
a) Anwendungsbereich (Art. 2 ProdHaft-RL)	373
b) Verschuldensunabhängiger Schadensersatzanspruch (Art. 5, 7 ProdHaft-RL)	374
c) Umfang der Haftung (Art. 6, 11, 17 ProdHaft-RL)	375
aa) Ersatzfähige Schäden (Art. 6 ProdHaft-RL)	375
bb) Haftungsausschluss und Ausschlussfristen (Art. 11, 17 ProdHaft-RL)	376
d) Aktiv- und Passivlegitimation	377
aa) Aktivlegitimation (Art. 5 ProdHaft-RL)	377
bb) Passivlegitimation (Art. 8 ProdHaft-RL)	377
3. Informationsrechte nach der Produkthaftungs-Richtlinie (Art. 8 f. ProdHaft-RL)	378

a) Offenlegung von Beweismitteln (Art. 9 ProdHaft-RL)	379
aa) Voraussetzungen	379
(1) Begriff des „Beweismittels“	379
(2) Bezeichnung des Beweismittels	380
(3) Antrag des Klägers (Art. 9 Abs. 1 ProdHaft-RL)	380
(4) Antrag des Beklagten (Art. 9 Abs. 2 ProdHaft-RL)	380
(5) Verfügungsgewalt des Informationsschuldners	381
(6) Plausibilität des eigenen Sachvortrags	381
bb) Einwendungen des Informationsschuldners (Art. 9 Abs. 3 ff. ProdHaft-RL)	382
(1) Allgemeiner Einwand der Unverhältnismäßigkeit	382
(2) Schutz vertraulicher Informationen (Art. 9 Abs. 4 f. ProdHaft-RL)	382
(3) Anwaltsprivileg (Erwgr. 42 S. 4 ProdHaft-RL)	383
cc) Rechtsfolgen	383
b) Vermutungen zugunsten des Geschädigten (Art. 10 ProdHaft-RL)	385
aa) Vermutung der Fehlerhaftigkeit (Art. 10 Abs. 2 ProdHaft-RL)	385
bb) Vermutung der Kausalität (Art. 10 Abs. 3 ProdHaft-RL)	386
cc) Beweismaß für kausalen Produktfehler (Art. 10 Abs. 4 ProdHaft-RL)	387
c) Verhältnis der Informationsrechte zueinander	387
II. Informationsrechte nach der gescheiterten KI-Haftungs-Richtlinie	388
1. KI-Haftungs-Richtlinie als Teil der KI-Gesetzgebung der Union	388
2. Anwendungsbereich (Art. 1 KI-HaftRL-E)	389
3. Offenlegungsanspruch nach Art. 3 KI-HaftRL-E	390
a) Voraussetzungen	390
aa) Begriff des „Beweismittels“	391
bb) Antrag des Klägers und Person des Beklagten	391
cc) Plausibilität des Anspruchs (Art. 3 Abs. 1 UAbs. 1 KI-HaftRL-E)	391
dd) Besonderheiten vorprozessualer Geltendmachung (Art. 3 Abs. 1 UAbs. 2 KI-HaftRL-E)	392
ee) Subsidiarität testatorischer Informationsrechte (Art. 3 Abs. 2 KI-HaftRL-E)	393
b) Einwendungen des Informationsschuldners (Art. 3 Abs. 4 KI-HaftRL-E)	393
c) Rechtsfolgen	394
4. Vermutung der Kausalität (Art. 4 KI-HaftRL-E)	395
a) Voraussetzungen	395
aa) Sorgfaltspflichtverstoß (Art. 4 Abs. 1 lit. a, Abs. 2 f. KI-HaftRL-E)	395

bb) Einfluss auf KI-Ergebnis nicht unvernünftig (Art. 4 Abs. 1 lit. b KI-HaftRL-E)	396
cc) Vorliegen einer Schädigung (Art. 4 Abs. 1 lit. c KI-HaftRL-E)	396
dd) Einschränkungen	397
b) Rechtsfolgen	397
III. <i>Zwischenfazit: Überwindung komplexitätsbedingter Informationsasymmetrien als Ziel</i>	398
1. <i>Private Enforcement</i> durch Überwindung komplexitätsbedingter Informationsasymmetrien als Ziel beider Richtlinien	398
2. Ergänzens- und Abrundungsfunktion der KI-Haftungs-Richtlinie	399
3. Informationsrechte fügen sich in bisherige Systematik ein	400
4. <i>Exkurs</i> : Vorschlag zur Umsetzung von Art. 9 f. ProdHaft-RL	400
a) Maßgebliche Überlegungen	401
b) Umsetzungsvorschlag	401
§ 12 <i>Exkurs</i> : Informationsrechte nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz	405
I. <i>Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz</i>	405
II. <i>Informationsrechte nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (§ 17 KapMuG)</i>	406
1. Voraussetzungen	407
a) Begriff des Beweismittels	407
b) Bezeichnung des Beweismittels	409
c) Verfügungsgewalt	409
d) Glaubhaftmachung des Anspruchs bzw. Erforderlichkeit zur Verteidigung	409
e) Erforderlichkeit des Beweismittels	410
2. Einwendungen	411
3. Rechtsfolgen	411
III. <i>Zwischenfazit: der nach innen wirkende „Brussels Effect“</i>	412
1. Prozessuales Informationsrecht ohne materiellrechtliches Gegenstück	412
2. Der nach innen wirkende „Brussels Effect“	413
§ 13 Einordnung und Systematisierung der Informationsrechte des Unionsprivatrechts	415
I. <i>Binnenmarktkompetenz als (überdehnte?) Rechtsgrundlage</i>	415
II. <i>Rechtsdurchsetzung durch Ausforschung als Hauptzweck</i>	417
1. <i>Private enforcement</i> als Zweck der Informationsrechte des Unionsprivatrechts	417

a) Unionsrecht als <i>finale</i> Rechtsordnung	417
b) Verwirklichung der Politikziele der Union durch Privatrechtsdurchsetzung	418
c) Präparatorische Informationsrechte als Hilfsmittel der Unionsrechtsdurchsetzung	419
d) Zwischenfazit: Telos bei Auslegung zu berücksichtigen	420
2. Rechtsdurchsetzung durch Ausforschung als Zweck präparatorischer Informationsrechte	421
a) Ausforschung als Mittel privater Rechtsdurchsetzung	421
b) Kein <i>nemo tenetur edere contra se</i> -Grundsatz im Unionsprivatrecht	423
3. Zwischenfazit: Unionsrecht als <i>finale</i> Rechtsordnung	423
 <i>III. Informationsrechte des Unionsrechts: Versuch einer Systematisierung</i>	
1. Zulässigkeit der Systembildung im Unionsprivatrecht	424
a) Der Streit um die unionsrechtliche Systembildung	425
b) Jedenfalls zulässig: Beschränkte Systembildung	426
2. Voraussetzungen	427
a) Aktivlegitimation	428
b) Geltendmachung nur im laufenden Verfahren	428
c) Informationsasymmetrie als Voraussetzung?	429
d) Begriff des Beweismittels	430
e) Bezeichnung des Beweismittels	431
f) Verfügungsgewalt des Informationsschuldners	431
g) Plausibilität des eigenen Sachvortrags	432
h) Relevanz des Beweismittels	433
3. Einwendungen	433
a) Allgemeine Unverhältnismäßigkeit	434
b) Geschäftsgeheimnisschutz	435
aa) Schutzgegenstand: Einheitlicher Begriff des Geschäftsgeheimnisses (Art. 2 Nr. 1 GS-RL)	436
(1) Unionsrechtliche Definition	436
(2) Umsetzung (§ 2 Nr. 1 GeschGehG)	438
bb) Geheimnisschutz im Zivilprozess nach der Geheimnisschutz- Richtlinie (Art. 9 GS-RL)	439
(1) Anwendungsbereich (Art. 1, 9 GS-RL)	439
(2) Geheimnisschutz im Gerichtsverfahren (Art. 9 GS-RL)	440
(3) Rechtsfolgen bei Missachtung (Art. 16 GS-RL)	442
(4) Verfahren	442
cc) Verhältnis der Geheimnisschutz-Richtlinie zu den betrachteten Rechtsakten	443
(1) Geheimnisschutzbestimmungen betrachteter Rechtsakte weitergehend	444

(2) Folge: Geheimnisschutzbestimmungen betrachteter Rechtsakte als <i>lex specialis</i>	444
dd) Zwischenfazit: Geheimnisschutz im unionsrechtlichen Zivilprozess	446
c) Schutz der Privatsphäre	446
d) Rechtsberatungsprivileg	448
e) Harmonisierung von public und <i>private enforcement</i> ?	449
aa) Analoge Anwendung von Art. 6 KartellSE-RL?	449
bb) Analoge Anwendung von Art. 9 KartellSE-RL und Art. 15 VK-RL?	450
f) Kein Schutz des Informationsschuldners vor strafrechtlicher Verfolgung	451
g) Zwischenfazit: Einheitliche Auslegung der Einwendungen	452
4. Rechtsfolgen	452
a) Ausforschungszweck erfordert Möglichkeit zwangsweiser Durchsetzung	453
b) Modalitäten der zwangsweisen Durchsetzung	454
aa) Zwangsweise Durchsetzung bei Auskunftsbegehren	454
bb) Zwangsweise Durchsetzung bei Offenlegungsbegehren	454
c) Durchsetzbarkeit im Eilrechtsschutz?	455
5. Konkurrenzen, insbesondere im Verhältnis zu Art. 18 VK-RL	455
IV. Umsetzung in das nationale Recht	456
1. Autonomie der Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Unionsrechts	456
2. Zweck der Sachverhaltsausforschung bei Umsetzung zu beachten	457
a) Ausgangslage im autonomen deutschen Recht	457
b) Variante 1: materieller Anspruch mit abgesenktem Darlegungsmaßstab	458
c) Variante 2: Auskunftspflicht als ordnungsgeldbewehrte prozessuale Pflicht	459
d) Variante 3: Innerprozessuale Sanktion bei Offenlegungsbegehren	460
V. Zwischenfazit: Informationsrechte des Unionsrechts als einheitliches System	460
Teil III: Auf dem Weg zu einer unionsrechtlichen <i>discovery</i> ?	461
§ 14 Herleitung eines allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	463
I. Die Gesamtanalogie als dogmatische Grundlage	463
1. Das Rechtsinstitut der Gesamtanalogie	463

2.	Zulässigkeit unionsrechtlicher Rechtsfortbildung im Wege der (Gesamt-)Analogie	464
a)	Allgemeine Zulässigkeit der Rechtsfortbildung des Unionsrechts	464
b)	Zulässigkeit der Fortbildung auch des Richtlinienrechts	465
aa)	Unzumutbare Rechtsunsicherheit für Mitgliedstaaten als unmittelbare Adressaten?	465
bb)	Rechtsfortbildung nur zur Ausfüllung interner Lücken	466
cc)	Unionsrechtliche Zulässigkeit einer <i>Gesamtanalogie</i>	467
c)	Grenzen unionsrechtlicher Rechtsfortbildung	468
aa)	Grundrechtliche Analogieverbote	468
bb)	Keine Anmaßung dem Gesetzgeber vorbehaltener Zweckmäßigkeitprüfung	468
cc)	(Vertikale) Kompetenzen der Union als äußerste Grenze ...	469
dd)	Erweiterung präparatorischer Informationsrechte innerhalb genannter Grenzen	469
3.	Zwischenfazit: Gesamtanalogie als Mittel zur Fortbildung europäischen (Richtlinien-)Rechts	470
II.	<i>Anwendung der Grundsätze über die Gesamtanalogie auf das europäische Recht der präparatorischen Informationsbeschaffung</i> ...	470
1.	Ermittlung eines allgemeinen Rechtsprinzips	471
2.	Vergleichbare Interessenlage	472
a)	<i>Private enforcement</i> als Zweck	472
b)	Bestehen einer typischen Informationsasymmetrie	473
c)	Beispiele	473
aa)	Allgemeiner unionsrechtlicher Schadensersatzanspruch mit Sanktionscharakter (<i>Christian Heinze</i>)	474
(1)	Herleitung aus Grundsatz des <i>effet utile</i> (Art. 4 Abs. 3 EUV)	474
(a)	Voraussetzungen	475
(b)	Rechtsfolgen	476
(2)	Die „Mercedes Benz“-Entscheidung als Beispiel	476
(3)	Vergleichbarkeit der Interessenlage	477
bb)	Lauterkeitsrechtlicher Verbraucherschadensersatz (Art. 11a UGP-RL)	478
cc)	Weitere Beispiele	479
3.	Planwidrige Regelungslücke	479
a)	Bestehen einer Lücke	479
b)	Qualifikation als interne Lücke	481
c)	Planwidrigkeit der Lücke	482
4.	Lückenfüllung	483
III.	<i>Zwischenfazit: das allgemeine unionsrechtliche Informationsrecht</i> ...	483

§ 15 Umsetzung des allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	485
I. Unmittelbare Anwendung des allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	486
II. Richtlinienkonforme Auslegung autonom-rechtlicher Informationsrechte	487
1. Der Grundsatz der richtlinienkonformen Auslegung	488
2. Richtlinienkonforme Auslegung der Grundsätze über die sekundäre Darlegungslast	490
a) Voraussetzungen	490
b) Einwendungen	491
c) Rechtsfolgen	492
d) Grenzen der sekundären Darlegungslast als Umsetzungsmechanismus	492
3. Überdies: Richtlinienkonforme Auslegung materieller Informationsansprüche	493
a) Richtlinienkonforme Auslegung des allgemeinen Auskunftsanspruchs	494
aa) Voraussetzungen im Allgemeinen	494
bb) Insbesondere: Volle Darlegung des Bestehens eines Rechtsverhältnisses?	495
cc) Einwendungen	497
dd) Rechtsfolgen	497
b) Richtlinienkonforme Auslegung der Einsichts- und Vorlagerechte (§§ 809 f. BGB)	497
c) Art und Weise der Geltendmachung im Prozess	498
4. Auslegung <i>contra legem</i> wegen des nationalen <i>nemo tenetur</i> -Grundsatzes?	499
5. Konkurrenzen	499
III. Keine Gesamtanalogie zu nationalen Umsetzungsbestimmungen	500
IV. Regelungsfelder der positiven Integration als Grenze	501
V. Zwischenfazit: Umsetzung des allgemeinen unionsrechtlichen Informationsrechts	502
Fazit und Ausblick	503
§ 16 Fazit in Thesen	505

§ 17 Ausblick	513
Literaturverzeichnis	515
Stichwortverzeichnis	549

Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AELR	All England Law Reports (Rechtsprechungsübersicht)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
ALI	American Law Institute
AMG	Arzneimittelgesetz
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
Arb. Int.	Arbitration International (Zeitschrift)
ArchBürgR	Archiv für bürgerliches Recht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung (Datenbank)
BfJ	Bundesamt für Justiz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BWStGH	(ehemaliger) Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg
CAD	computer-aided design
c.a.p.	Codice delle Assicurazioni Private (italienisches Privatversicherungsgesetzbuch)
Cass.	Cassazione (italienischer Oberster Gerichtshof)
c.c.	Codice Civile (italienisches Zivilgesetzbuch)
c.com.	Code de commerce (französisches Handelsgesetzbuch)
C. Cost.	Corte Costituzionale (italienischer Verfassungsgerichtshof)
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CdA	Corte d'Appello (italienisches Berufungsgericht)
Ch.D	Chancery Division (Abteilung des High Court of Justice for England and Wales)
CISG	Convention on the International Sale of Goods (Wiener UN-Kaufrecht)

CLJ	Cambridge Law Journal (Zeitschrift)
c.p.c.	Codice di procedura civile (italienische Zivilprozessordnung)
c.p.c. (f)	Code de procedure civile (französische Zivilprozessordnung)
CPO	Civilprozessordnung (in der Fassung von 1877)
CPR	Civil Procedure Rules (englische Zivilprozessordnung)
CoA	Court of Appeals (englisches Berufungsgericht)
Colum. L. Rev	Columbia Law Review (Zeitschrift)
Cost.	Costituzione della Repubblica Italiana (italienische Verfassung)
CR	Computer & Recht (Zeitschrift)
CSDD-RL	Lieferketten-Richtlinie (RL (EU) 2023/2859)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
Def. Couns. J.	Defense Counsel Journal (Zeitschrift)
DesignG	Designgesetz
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
DIS-SchO	DIS-Schiedsgerichtsordnung 2018
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DSA	Digital Services Act (VO (EU) 2022/2065)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
D. Utah	United States District Court for the District of Utah (Bezirksgericht für den Bezirk von Utah)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ECJ	European Competition Journal (Zeitschrift)
ECU	European Currency Unit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-FGV	EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl. PrALR	Einleitung zum Preußischen Allgemeinen Landrecht
ELI	European Law Institute
Emory L. J.	Emory Law Journal (Zeitschrift)
Enforcement-RL	Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (RL 2004/48/EG)
EPG	Einheitliches Patentgericht
EPG-VerfO	Verfahrensordnung des Einheitlichen Patentgerichts
EPGÜ	Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht
ErfK	Erfurter Kommentar
Erwgr.	Erwägungsgrund
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen (VO (EU) 1215/2012)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)

EUV	EU-Vertrag (Lissabon)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWHC	High Court of Justice of England and Wales (erstinstanzliches Gericht für bestimmte Verfahren nach dem englischen Zivilverfahrensrecht)
F.2d	Federal Reporter, 2nd Series (Rechtsprechungsübersicht)
F.3d	Federal Reporter, 3rd Series (Rechtsprechungsübersicht)
FRCP	Federal Rules of Civil Procedure (US-amerikanische Zivilprozessordnung für Bundesgerichte)
G 10	Artikel 10-Gesetz
GA	Generalanwalt
Ga. L. Rev.	Georgia law Review (Zeitschrift)
GDolmG	Gerichtsdolmetschergesetz
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
Geheimnisschutz-Mitteilung	Mitteilung über den Schutz vertraulicher Informationen durch nationale Gerichte in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts v. 22.7.2020
GeschGehG	Geschäftsgeheimnisgesetz
Giur. It.	Giurisprudenza italiana (Zeitschrift)
Giust. civ.	Giustizia Civile (Zeitschrift)
GrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int	GRUR International (Zeitschrift)
GRUR-Patent	GRUR-Patent – Patentrecht in der Praxis (Zeitschrift)
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in der Praxis (Zeitschrift)
GRUR-RR	GRUR-Rechtsprechungsreport
GRUR-RS	GRUR-Rechtsprechungssammlung
GS-RL	Geheimnisschutz-Richtlinie (RL (EU) 2016/943)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVRZ	Zeitschrift für das gesamte Verfahrensrecht
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HalbleiterSchG	Halbleiterschutzgesetz
HK-BGB	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
HoL	House of Lords (englisches Oberhaus, das bis 2009 auch die Funktion eines obersten Gerichtshofs für England und Wales wahrnahm)
HV-RL	Handelsvertreter-Richtlinie (RL 86/653/EWG)
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law (Zeitschrift)
IBA	International Bar Association
ICC	International Chamber of Commerce
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
IPRB	IP-Rechts-Berater (Zeitschrift)
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IPRspr.	Sammlung der Entscheidungen deutscher Gerichte zum internationalen Privat- und Verfahrensrecht des Max-Planck Institutes für ausländisches und internationales Verfahrensrecht Hamburg

ITRB	IT-Rechts-Berater (Zeitschrift)
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jb.J.ZivRWiss	Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler
JBl.	Juristische Blätter (Österreich)
JGG	Jugendgerichtsgesetz
J. Int. Arb.	Journal of International Arbitration (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KartellSE-RL	Kartellschadensersatz-Richtlinie (RL 2014/104/EU)
Kartellverfahrens-VO	Kartellverfahrens-Verordnung (VO (EG) Nr. 1/2003)
KBD	King's Bench Division (Abteilung des High Court of Justice for England and Wales)
KI-HaftRL-E	Vorschlag für eine Richtlinie zur Anpassung der Vorschriften über außervertragliche zivilrechtliche Haftung an künstliche Intelligenz (KOM/2022/496 endg.)
KI-VO	KI-Verordnung (VO (EU) 2024/1689)
Klausel-RL	Klausel-Richtlinie (RL 93/13/EWG)
K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
LAG	Landesarbeitsgericht
Law Pract.	Law & Practice of International Courts & Tribunals (Zeitschrift)
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
LMK	Fachdienst Zivilrecht – LMK (Datenbank)
LR (A.C.)	Law Reports (Appeals Cases) (Rechtsprechungsübersicht englischer Berufungsentscheidungen)
LR (Ch.D)	Law Reports (Chancery Division) (Rechtsprechungsübersicht der Chancery Division des High Court of Justice for England and Wales)
LR (QBD)	Law Reports (Queen's Bench Division) (Rechtsprechungsübersicht der Queen's Bench Division des High Court of Justice for England and Wales)
Ltd	Limited (GmbH englischen Rechts)
MarkenG	Markengesetz
Mass. Giur. It.	Massimario Giurisprudenza Italiana (Leitsatzsammlung)
M.D. Fla.	United States District Court for the Middle District of Florida (Bezirksgericht für den mittleren Bezirk von Florida)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MiCAR	Kryptowerte-Verordnung (VO (EU) 2023/ 1114)
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
Mot.	Motive
MPR	Medizin Produkte Recht (Zeitschrift)
MR-Int.	Medien und Recht International (Zeitschrift)
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoStPO	Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung
MüKoStVR	Münchener Kommentar zum Straßenverkehrsrecht

MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
Nachw.	Nachweise
NDA	non-disclosure agreement (Verschwiegenheitsvereinbarung)
Neubearb.	Neubearbeitung
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-Beil.	NJW-Beilage
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
Northwest. Univ. Law Rev.	Northwestern University Law Review (Zeitschrift)
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NZ	Österreichische Notariatszeitung
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
öAktG	Aktiengesetz (Österreich)
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
Omnibus-RL	Omnibus-Richtlinie (RL (EU) 2019/2161)
öEGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung (Österreich)
öZPO	Zivilprozessordnung (Österreich)
PatG	Patentgesetz
Pauschalreise-RL	Pauschalreise-Richtlinie (RL (EU) 2015/2302)
PD	practice direction (Ergänzungsprotokolle zu den Civil Procedure Rules)
PKH	Prozesskostenhilfe
Preisangaben-RL	Preisangaben-Richtlinie (RL 98/6/EG)
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
ProdHaft-RL	Produkthaftungs-Richtlinie von 2024 (Richtlinie (EU) 2024/2853)
ProdHaft-RL aF	Produkthaftungs-Richtlinie von 1985 (85/374/EWG)
QBD	Queen's Bench Division (Abteilung des High Court of Justice for England and Wales)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RelKErzG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
Rep. Foro It.	Repertorio del Foro Italiano (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIIPrax	Rechtspraxis der Industrie- und Infrastrukturprojekte (Zeitschrift)
RIS	Rechtsinformationssystem des Bundes (Österreich)
Riv. Dir. Proc.	Rivista di diritto processuale (Zeitschrift)
Riv. Trim. Dir. Proc.	Civ. Rivista trimestrale di diritto e procedura civile (Zeitschrift)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rom I-VO	Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (VO (EG) Nr. 593/2008)

Rom II-VO	Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (VO (EG) Nr. 864/2007)
r+s	Recht und Schaden (Zeitschrift)
RSC	Rules of the Supreme Court 1965 (ehemalige englische Verfahrensordnung für obergerichtliche Verfahren)
Rs.	Rechtssache (EuGH)
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
SaRegG	Samenspenderregistergesetz
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
S.D. Fla.	United States District Court for the Southern District of Florida (Bezirksgericht für den südlichen Bezirk von Florida)
S.D. Ill.	United States District Court for the Southern District of Illinois (Bezirksgericht für den südlichen Bezirk von Illinois)
Sec.	Section
SGB	Sozialgesetzbuch
SpA	Società per azioni (italienische Aktiengesellschaft)
SortenSchG	Sortenschutzgesetz
StrEG	Strafverfolgungsentschädigungsgesetz
Suffolk U. L. Rev.	Suffolk University Law Review
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums v. 15.4.1994
T.U.B.	Testo Unico Bancario (italienisches Bankengesetzbuch)
Typgenehmigungsverfahren-RL	Typgenehmigungsverfahren-Richtlinie (RL 2007/46/EG)
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review (Zeitschrift)
UGB	Unternehmensgesetzbuch (Österreich)
UGP	Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken (RL 2005/29/EG)
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UK-RL	Unterlassungsklagen-Richtlinie (RL 2009/22/EG)
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom (Oberster Gerichtshof des Vereinigten Königreiches seit 2009)
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
U.S.	(1) United States; (2) United States Reports (Rechtsprechungsübersicht)
USSC	Supreme Court of the United States (Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika)
Unterlassungsklagen-	RL Richtlinie über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen (RL 2009/22/EG); zuvor RL 98/27/EG
UrhG	Urhebergesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review (Zeitschrift)
VBVG	Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
Verbraucherrechte-RL	Verbraucherrechte-Richtlinie (RL 2011/83/EU)
VermVV	Verordnung über das Vermögensverzeichnis

VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VDuG	Verbraucherrecht durchsetzungsgesetz
VK-RL	Verbandsklagen-Richtlinie (RL (EU) 2020/1828)
VRUG	Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
Warenkauf-RL	Warenkauf-Richtlinie (RL (EU) 2019/771)
WLR	Weekly Law Report (Rechtsprechungsübersicht)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
Yale j. int. Law	The Yale Journal of International Law (Zeitschrift)
Yale Law J	Yale Law Journal (Zeitschrift)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPC	Zeitschrift für Product Compliance
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
(d)ZPO	Zivilprozessordnung (Deutschland)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte: Romanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSHG	Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetz
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZP Int.	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

„Aber [...] es ergeben sich oft Fälle, wo der Nutzen der Ehrenhaftigkeit zu widerstreiten scheint, so dass man sein Augenmerk darauf richten muss, ob er gänzlich widerstreite oder mit der Ehrenhaftigkeit versöhnt werden kann. Von dieser Art sind die folgenden Fragen: wenn z. B. ein gutgesinnter Mann bei einer Hungersnot der Rhodier und einer beträchtlichen Steigerung der Lebensmittelpreise eine große Ladung Getreide von Alexandreia nach Rhodos gebracht hat, wenn er ferner weiß, dass von Alexandreia aus mehrere Kaufleute in See gestochen sind, und wenn er auf der Fahrt Schiffe mit Getreide an Bord in Richtung auf Rhodos gesehen hat, wird er das dann den Rhodiern sagen oder stillschweigend sein Getreide möglichst teuer verkaufen? [...]

Für derartige Fälle pflegt etwas anderes Diogenes von Babylon richtig zu scheinen, einem großen und bedeutenden Stoiker, etwas anderes Antipater, seinem Schüler, einem scharfsinnigen Mann. Nach Antipater ist alles offenzulegen, damit ja nichts, was der Verkäufer weiß, der Käufer nicht weiß; nach Diogenes muss der Verkäufer nur so weit, wie es durch das Bürgerrecht festgelegt ist, Mängel angeben, alles Übrige ohne Hintergedanken betreiben, und dabei darf er die Absicht haben, da er ja verkauft, möglichst gut zu verkaufen. „Ich habe meine Ware herangeschafft, sie angeboten und verkaufe sie nicht teurer als andere, vielleicht sogar billiger dadurch, dass die Menge größer ist. Wem geschieht da ein Unrecht?“

Da erhebt sich die Überlegung des Antipater auf der Gegenseite: „Was sagst du? Obwohl du für die Mitmenschen sorgen und unter der menschlichen Gemeinschaft dienen müsstest und unter dem Gesetz geboren bist und als die erste Anlagen der Natur hast, denen zu gehorchen und die du befolgen musst, dass dein Nutzen der gemeine Nutzen, andererseits der gemeine Nutzen der deine sei – willst du ihnen da geheimhalten was an Gunst und Gelegenheit sich bietet?“ [...]¹

¹ Cicero, Rn. 50 ff., übersetzt von Gunermann, S. 263.

§ 1 Informationsasymmetrien im klassisch-liberalen Zivilprozess

Informationsasymmetrien sind nichts Neues. Schon die Gelehrten¹ der Antike erkannten, dass einem durch ungleiche Informationsverteilung geprägten Rechtsverhältnis eine besondere Herausforderung innewohnt. *Cicero* erörtert die ungleiche Verteilung von Informationen aus gesinnungsethischer Perspektive als Beispiel des Konflikts zwischen Ehrenhaftem und Nützlichem: Soll der anständige Alexandriner die hungernden Bürger von Rhodos über die bald nachkommenden Getreidelieferungen in Kenntnis setzen und auf Gewinn verzichten, oder schweigen und die wegen der Nahrungsmittelknappheit hohen Preise einkassieren? *Cicero* stellt sich auf die Seite derjenigen, die aus Gründen der Sittlichkeit eine Pflicht zur Aufklärung bejahen.² Im Gegensatz hierzu wird das Bestehen eines Informationsgefälles jedenfalls im Privatrecht herkömmlich als hinzunehmendes Wesensmerkmal jedes Rechtsverhältnisses betrachtet. Das gilt nicht nur für die außerprozessuale Entstehung und Ausübung von Rechten, sondern – nach der (noch) herrschenden Rechtsansicht – insbesondere auch dann, wenn Parteien ihre Rechte in einem Prozess geltend machen.

I. Keine allgemeine Rechtspflicht zur Aufklärung gegenüber Jedermann

Dies gilt zunächst im Hinblick auf das materielle Recht: Wer ein Recht geltend machen möchte, kann nach der herkömmlichen Ansicht nicht darauf vertrauen, dass die Gegenseite ihm ohne Weiteres die zur Rechtsdurchsetzung erforderlichen Informationen mitteilen wird. Zur Begründung wird nach wie vor auf den Grundsatz der Privatautonomie verwiesen,³ also das Prinzip der Selbstgestaltung der Rechtsverhältnisse durch den Einzelnen nach seinem Willen.⁴ Als Kehrseite

¹ Der besseren Lesbarkeit halber bedient sich diese Arbeit, soweit hierin Personen bezeichnet werden, eines generischen Maskulinums. Es sollen damit – wenn nicht gesondert kenntlich gemacht – sämtliche Geschlechter erfasst sein.

² *Cicero*, Rn. 57; ausf. Brüllmann/Müller/Öhler *Sovso*, S. 161.

³ Staudinger/*Baldus*, Einl. BGB Rn. 59; *C. Paulus*, JuS 2001, 1; *W. Flume*, in: FS 100 Jahre DJT, S. 135 (141).

⁴ *W. Flume*, AT, S. 1.

seiner individuellen Freiheit wird dem Individuum eine besondere Selbstverantwortung zugewiesen.⁵ Diese findet ihre wichtigste Ausprägung in den fein ausdifferenzierten Haftungstatbeständen, die Gesetzgeber, Rechtswissenschaft und Rechtsprechung entwickelt haben. In die Sphäre der Informationsverantwortung übertragen bedeutet Selbstverantwortung, dass es grundsätzlich Sache jedes Einzelnen ist, sich selbst hinreichend über die eigenen Rechte zu informieren.⁶ Daher hat schon das Reichsgericht (wenngleich apodiktisch) die Existenz eines allgemeinen⁷ Auskunftsanspruchs verneint.⁸ Auch das Schrifttum erkennt die Existenz einer allgemeinen, also voraussetzungslosen materiellrechtlichen Auskunftspflicht nicht an.⁹ Ein über die speziell geregelten Tatbestände hinausgehender Auskunftsanspruch lässt sich nach Rechtsprechung und Lehre vielmehr nur dann annehmen, wenn das Gebot von Treu und Glauben (§ 242 BGB) die Erteilung einer Auskunft im Rahmen einer Sonderverbindung ausnahmsweise als geboten erscheinen lässt.¹⁰

II. Informationsasymmetrien im Prozessrecht

Auch im Prozessrecht nehmen Lehre und Rechtsprechung die Existenz von Informationsasymmetrien zwischen den Parteien auf den ersten Blick weitgehend hin. Dies wird mit den beiden prägenden Maximen des deutschen Zivilverfahrens begründet.¹¹ Die erste, sog. Dispositionsmaxime ist geprägt vom Leitbild des Zivilprozesses als Rechtsstreit zwischen sich – jedenfalls nach dem gesetzlichen Idealbild – auf Augenhöhe begegnenden Individuen.¹² Danach haben die Pro-

⁵ Riesenhuber/*Riesenhuber*, Selbstverantwortung, S. 1.

⁶ Riesenhuber/*Riesenhuber*, Selbstverantwortung, S. 1 (8); Staudinger/v. *Finckenstein*, § 123 BGB Rn. 10; *Teichmann*, JA 1984, 545 (546).

⁷ Zum „allgemeinen“ Auskunftsanspruch aus § 242 BGB siehe bei § 4, I., 1., b).

⁸ RG, Urteil v. 3.7.1921 – II 590/20, RGZ 102, 235 (236).

⁹ BeckOGK/*Kähler*, § 242 BGB Rn. 651; Staudinger/*Looschelders/Olzen*, § 242 BGB Rn. 605; Staudinger/*Singer/v. Finckenstein*, § 123 BGB Rn. 10 (das Selbstverantwortungsprinzip betonend); *Looschelders*, § 14 Rn. 8; *Haeffs*, S. 32; so bereits *Schultzenstein*, DJZ 21 (1916), 662. Ob die *Motive* die Existenz einer allgemeinen Aufklärungspflicht implizit verneinen (so wohl Staudinger/*Singer/v. Finckenstein*, § 123 BGB Rn. 10) oder schlicht vor der Aufgabe kapitulieren, die Voraussetzungen einer solchen Pflicht in Gesetzesform zu artikulieren, bleibt offen (vgl. *Mugdan*, Bd. I, S. 467 = Mot. I, S. 208: „Die für seine Tragweite maßgebende Frage, inwieweit eine Rechtspflicht besteht, dem anderen Theile Umstände mitzuthemen, von denen vorauszusetzen ist, daß sie auf seine Entschliebung von Einfluß sein würden, entzieht sich der gesetzlichen Lösung“).

¹⁰ StRspr., vgl. nur BGH, Urteil v. 22.1.1957 – VI ZR 334/55, NJW 1957, 669 unter Verweis auf die Rspr. des RG; sowie *S. Lorenz*, JuS 1995, 569 (572). Zum aus dem Gebot von Treu und Glauben abgeleiteten, „allgemeinen“ Auskunftsanspruch näher bei § 4, I., 1., b).

¹¹ Zu den einzelnen Prozessmaximen *Möller*, JA 2010, 47.

¹² Dieses Idealbild, und damit auch ein durch die Dispositionsmaxime bestimmtes Prozessrecht, ist für freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen prägend, vgl. Stein/*Jonas/C. Kern*, Vorb. § 128 ZPO Rn. 161; *Gilles/R. Stürner*, S. 31 (32 ff.).

zessparteien maßgeblichen Einfluss auf den Ablauf des Prozesses; sie bleiben bis zur Rechtskraft des Urteils „Herrinnen des Verfahrens“. Die Dispositionsmaxime ist damit gleichsam „ein Stück Privatautonomie [...] hineingetragen in den Prozess und dort prozessual nutzbar gemacht.“¹³ Eng mit der Dispositionsmaxime verwandt und oft vermengt¹⁴ ist der Beibringungsgrundsatz: Die das Verfahren beherrschenden Parteien sind selbst dafür verantwortlich, die Tatsachen darzulegen und zu beweisen, die das Gericht seiner Entscheidung zugrunde legen soll. Wie die Dispositionsmaxime ist auch der Beibringungsgrundsatz damit ein Gegenstück zum materiellrechtlichen Institut der Privatautonomie¹⁵ und der Selbstverantwortung: Jede Partei trägt die Beweisführungslast für die ihr günstigen Tatsachen (sog. „subjektive“ Beweislast), und im Falle der Nichterweislichkeit trägt jede Partei insoweit das Risiko eines *non liquet* (sog. „objektive“ Beweislast).¹⁶ Ausgehend vom Grundsatz der Beibringung des Tatsachenstoffs durch die Parteien ist der Wahrheitsbegriff des Zivilprozesses nach dem herkömmlichen Verständnis daher ein im Ausgangspunkt formeller.¹⁷ Wahrheit im Prozess ist danach stets nur die prozessordnungsgemäß gewonnene Wahrheit. Nur in den wenigen Rechtsgebieten (wie dem Familienrecht), in denen das Bedürfnis nach Erforschung der materiellen Wahrheit überwiegt, wird der Beibringungsgrundsatz durch Elemente des Untersuchungsgrundsatzes ergänzt.¹⁸ Die Ermittlung der materiellen Wahrheit wird folglich innerhalb der Grenzen des von den Parteien vorgetragenen Sachverhalts allenfalls als bloßes Zwischenziel des Zivilprozesses¹⁹ betrachtet, also als Mittel zum Zweck der Gewährung effektiven Rechtsschutzes für die Parteien.²⁰ Es bleibt damit nach der Rechtsprechung grundsätzlich beim Prozess als Kampf,²¹ in welchem keine Partei verpflichtet ist, den Sachverhalt aktiv aufzuklären und ihrem Prozessgegner damit die Mittel zum Prozesssieg zu verschaffen.²²

¹³ M. Heinze, in: FS Beys, S. 515 (538).

¹⁴ M. Fontana, JA 2023, 409 f. Zur Abgrenzung dieser beiden Prozessmaximen Rosenberg/Schwab/P. Gottwald/P. Gottwald, § 76 Rn. 2.

¹⁵ Musielak/Voit/Musielak/Voit, ZPO Einl. Rn. 38; Leipold, JZ 1982, 441 (448).

¹⁶ Rosenberg/Schwab/P. Gottwald/P. Gottwald, § 116 Rn. 3 f., 9.

¹⁷ Vgl. BGH, Urteil v. 11.6.1990 – II ZR 159/89, NJW 1990, 3151. Den Begriff der formellen Wahrheit kritisiert Gaul, AcP 168 (1968), 27 (49); siehe auch R. Koch, Mitwirkungsverantwortung, S. 3 mwN.

¹⁸ Musielak/Voit/Musielak/Voit, ZPO Einl. Rn. 38, nennen Kindschafts- (§ 151 ff. FamFG), Aufgebots- (§§ 433 ff. FamFG) und Ehesachen (§§ 121 ff. FamFG) als Beispiel.

¹⁹ R. Koch, Mitwirkungsverantwortung, S. 3; Haeffs, S. 38; Brehm, S. 21 ff.; Gaul, AcP 68 (1968), 27 (50).

²⁰ S. Lorenz, ZJP 111 (1998), 35 (37); Gaul AcP 168 (1968), 27 (50).

²¹ So R. Stürner, Aufklärungspflicht, S. 57, unter Verweis auf Goldschmidt, S. 292, der sich noch drastischer ausdrückte („Es ist im Prozesse wie im Krieg und in der Politik“).

²² Sog. Grundsatz des *nemo tenetur edere contra se*, stRspr. seit BGH, Urteil v. 26.6.1958 – II ZR 66/57, NJW 1958, 1491.

III. Zur Notwendigkeit effektiver präparatorischer Informationsrechte in der prozessualen Moderne

Die ursprünglich restriktive Haltung des deutschen Rechts gegenüber der Schaffung prozessbezogener Informationspflichten ist im klassisch-liberalen Leitbild des Prozesses als Kampf zwischen ebenbürtigen Parteien verankert. Danach ist die Privatautonomie der Leitstern der Privatrechtsordnung:²³ Wo sich zwei Bürger auf Augenhöhe in einer Auseinandersetzung um das Recht begegnen, muss ihnen die Rechtsordnung nicht unterstützend mit prozessbezogenen Informationsrechten zur Seite springen.²⁴ In der modernen Gesellschaft, in der große Plattformanbieter und Produkthersteller gegenüber Verbrauchern und Kleinunternehmen in der Zuliefer- oder Subunternehmerkette einen erheblichen Wissensvorsprung über das genaue Funktionieren ihrer hochkomplexen Produkte haben – wer weiß schon, wie sein Smartphone oder sein Elektroauto genau funktioniert? – hängt das klassisch-liberale Leitbild vom Prozess als Zusammentreffen ebenbürtiger Akteure jedoch mittlerweile völlig schief.²⁵ Die der arbeitsteiligen Gesellschaft immanenten Informationsasymmetrien haben sich mit besonderer Deutlichkeit im sog. „Abgasskandal“ gezeigt: So war es den Käufern der Fahrzeuge kaum möglich, das genaue Funktionieren ihrer Dieselmotoren und der ihren Abgasausstoß steuernden (Manipulations-)software nachzuvollziehen. Dagegen kannten die Kfz-Hersteller die genauen Details über ihre Software und das wirkliche Emissionsverhalten ihrer Fahrzeuge,²⁶ behielten diese (vor deutschen Gerichten) aber lieber für sich. Während in den Vereinigten Staaten das Zusammenspiel von *public enforcement* durch Verwaltungs- und Justizbehörden und der gebündelten Rechtsdurchsetzung privater Kläger, die dabei auf die scharfen Informationsrechte der US-amerikanischen *discovery*²⁷ zurückgreifen konnten, zu einer raschen Aufarbeitung führte, verlief diese in Deutschland nur schleppend. Grund hierfür waren sowohl das wenig engagierte Eingreifen der Behörden als auch das Fehlen hinreichender Instrumente der Sachverhaltsermittlung für private Kläger.²⁸ Dieses Defizit bei der Sachverhaltsaufklärung lässt

²³ Siehe (mit unterschiedlicher Begründung für den liberalen Ansatz der CPO von 1877) R. Stürner, in: FS Vollkommer, S. 201 (204 f.).

²⁴ So etwa Braun, ZJP 133 (2020), 271 (317) („Muster eines rationalen Streitverfahrens gleichberechtigter Parteien [...], von denen keine der anderen etwas schuldig ist, wenn es dafür nicht triftige Gründe gibt“); siehe auch Gaul, AcP 168 (1968), 27 (47).

²⁵ So bereits (statt vieler) Bender, JZ 1982, 709 (710); Wassermann, *passim* (auf die Ideen Franz Kleins verweisend). Siehe zum klassisch-liberalen Menschenbild und dem daraus entspringenen Modell des Zivilprozesses Wassermann, S. 28 ff., 35 ff.

²⁶ Die Volkswagen AG hat sich in einem (unternehmens-)strafrechtlichen Verfahren in den Vereinigten Staaten unter anderem der Verabredung zum Betrug schuldig bekannt, vgl. *Department of Justice*, Pressemitteilung v. 11.1.2017 (abrufbar unter [justice.gov/opa/pr/volkswagen-ag-agrees-plead-guilty-and-pay-43-billion-criminal-and-civil-penalties-six](https://www.justice.gov/opa/pr/volkswagen-ag-agrees-plead-guilty-and-pay-43-billion-criminal-and-civil-penalties-six)).

²⁷ Zu diesem Rechtsinstitut ausf. bei § 5, I., 4.

²⁸ Ausf. hierzu Thönissen, ZJP 133 (2020), 69 ff. Allg. zum Abgasskandal Kindler/D. Pau-

sich auch nicht allein durch Gewährung neuer materieller Rechte lösen: Selbst der verbraucherfreundlichste materielle Anspruch findet seine Grenze in der Effektivität der Instrumente, die seiner Durchsetzung dienen: Wenn etwa zwei Jahre²⁹ nach Inkrafttreten des neuen Verbraucherschadensersatzanspruchs gem. § 9 Abs. 2 UWG, der eine „Revolution“ des Lauterkeitsrechts³⁰ darstellen sollte, kein einziges Urteil hierzu veröffentlicht wurde,³¹ ist dies nicht zuletzt auch auf das Fehlen von effektiven verfahrensrechtlichen Instrumenten zu seiner Durchsetzung zurückzuführen werden.³² Ein Zivilprozess, der sich nicht nur der Lösung des formalen Konfliktes verschreibt, wie er in Gestalt der Klage vor das Gericht gebracht wird, sondern auch den dahinterstehenden materiellen Konflikt lösen und den Rechtssuchenden einen echten Zugang zum Recht verschaffen möchte, darf folglich nicht an einem bloß formalen Wahrheitsverständnis festhalten. Stattdessen muss das Prozessrecht eine korrekte Feststellung des Sachverhalts ermöglichen. Das ist keine neue Erkenntnis: Schon *Franz Klein*, der Vater des österreichischen Zivilprozesses, hielt die liberale Idee vom Zivilprozess als Auseinandersetzung auf Augenhöhe im Zeitalter der industrialisierten Gesellschaft für überholt.³³ Und auch das bundesamerikanische Verfahrensrecht der *Federal Rules of Civil Procedure* bezweckt – als Ausdruck der progressiven „New Deal“-Reformpolitik der 1930er Jahre – den Schutz strukturell schwächerer Parteien durch Einräumung weitgehender Informationsrechte.³⁴ Schließlich hat auch das deutsche Recht – wenn nicht durch einen großen Wurf, so doch durch viele kleine Schritte – die liberale Urfassung der CPO gegen ein zumindest etwas sozialeres Zivilprozessmodell eingetauscht.³⁵ Einen solchen sozialen Zweck erfüllen auch die im Folgenden zu analysierenden und herzuleitenden präparatorischen Informationsrechte. Sie schützen die strukturell schwächere Prozesspartei in ihrem verfassungsrechtlich garantierten³⁶ Anspruch auf effektiven Rechtsschutz und dienen damit der Herstellung materieller Gerechtigkeit im Einzelfall.³⁷ Daneben erfüllen (effektive) prozessvorbereitende Informationsrechte, wie sich bei der Betrachtung der unionsrechtlich determinierten Informationsrechte zeigen wird, auch einen allgemeinpolitischen Zweck. Denn sie geben insbesondere strukturell

lus/Bertelli/M. Fontana; sowie, aus kaufrechtlicher Perspektive, S. Lorenz, DAR 2022, 198, jew. *passim*.

²⁹ Gemeint ist der Zeitraum Mai 2022 bis September 2024.

³⁰ Scherer, WRP 2021, 561.

³¹ L. Lange, VuR 2024, 334.

³² So auch L. Lange, VuR 2024, 334 (335). Für eine mögliche Lösung siehe Teil III.

³³ Hierzu näher bei § 5, I., 1., b), aa).

³⁴ Hierzu näher bei § 5, I., 4., a).

³⁵ Die bei Wassermann, S. 62 f., genannten Reformen wurden noch von der ZPO-Novelle von 2002, die § 142 ZPO neu fasste, und insbesondere von den in Teil II genannten, unionsrechtlich determinierten Reformen ergänzt.

³⁶ Sog. „allgemeiner Justizgewährungsanspruch“, vgl. Huber/Voßkuhle/Eichberger, Art. 2 GG Rn. 358.

³⁷ Näher bei § 6, III., insbesondere bei 1., c).

schwächeren Parteien die Instrumente in die Hand, um ihre nach dem materiellen Recht bestehenden Ansprüche durchzusetzen. Damit sind die prozessvorbereitenden Informationsrechte das Schlüsselwerkzeug zur Verwirklichung der hinter dem materiellen Zivilrecht stehenden regulatorischen Ziele des Gesetzgebers. Erst durch effektive Mittel, die den Wissensvorsprung des Prozessgegners abbauen und ein *level playing field* schaffen, kann das Zivilrecht seine Funktion als Mittel privater Rechtsdurchsetzung erfüllen.³⁸

³⁸ Näher zur regulierenden Funktion des Privatrechts im Sinne *Hellgardts* bei § 6, III., 1., c), bb) sowie bei § 13, II., 1.

§ 2 Gang der Untersuchung und Ziele

Ziel dieser Arbeit ist es, auch für das deutsche Zivilrecht einen Weg aus dem Prozess- und Gesellschaftsverständnis des 19. Jahrhunderts heraus in die von *Peter Schlosser* beschworene „prozessuale Moderne“¹ aufzuzeigen. Dies soll auf zwei Ebenen – der autonomen deutschen und der unionsrechtlichen – und in drei Schritten erfolgen:

I. Herleitung einheitlicher Prinzipien des autonomen Rechts (Teil I)

Ausgehend von einer eingehenden Untersuchung der Informationsrechte der Parteien eines Rechtsstreits im deutschen Recht soll zunächst dargelegt werden, dass das deutsche Zivilrecht bereits *de lege lata* weitgehende präparatorische Informationsrechte kennt. Diese lassen sich auf einheitliche Rechtsprinzipien zurückführen: Sämtliche prozessvorbereitende Informationsrechte finden ihre dogmatische Verankerung im Grundsatz von Treu und Glauben und sind weder einzig dem prozessualen *noch* dem materiellen Recht zuzuordnen, sondern weisen eine beide Teilgebiete umspannende Systematik auf. Der Begründung dieser These dient Teil I der vorliegenden Untersuchung. Hierzu soll zunächst die derzeitige Rechtslage im deutschen Recht im Hinblick auf die Informationspflichten im Rechtsstreit umfassend dargestellt werden (§ 4). Im materiellen Recht liegt der Schwerpunkt der Betrachtung auf dem allgemeinen Auskunftsanspruch kraft Treu und Glauben (§ 242 BGB) und den Einsichtsrechten gem. §§ 809 f. BGB. Bei den prozessualen Instrumenten, die das deutsche Recht zur Überwindung von Informationsasymmetrien bereithält, soll unter anderem auf das Institut der sekundären Darlegungslast, der Parteieinvernahme gem. §§ 445 ff. ZPO und der Pflicht zur Vorlage von Urkunden sowohl von Amts wegen (§ 142 ZPO) als auch auf Antrag der Gegenseite (§§ 422 ff. ZPO) eingegangen werden. Daneben sollen auch die Informationspflichten der Parteien in anderen Rechtsordnungen – namentlich in Österreich, Italien, England und den Vereinigten Staaten sowie im internationalen Schiedsverfahrensrecht – untersucht werden (§ 5). Dieser Blick ins Ausland ermöglicht es, übergreifende Prinzipien im Recht der prozessvor-

¹ *Schlosser*, JZ 1991, 599.

bereitenden Informationspflichten ausfindig zu machen. Auf den beiden vorangegangenen Kapiteln aufbauend wird der Versuch einer systematischen Einordnung der prozessvorbereitenden Informationsrechte des deutschen Zivilrechts unternommen (§ 6).

II. Informationsrechte des Unionsrechts dienen Verwirklichung der Ziele der Union (Teil II)

Aus dem autonomen deutschen Recht eine allgemeine Aufklärungspflicht der Parteien herzuleiten, haben schon ganz andere, gewichtigere Stimmen versucht – ohne bleibenden Erfolg:² Zu sehr ist das klassisch-liberale Bild vom Zivilprozess als Rechtsstreit unter Ebenbürtigen im deutschen Rechtsbewusstsein verankert, zu tief ist das *goldschmidtsche* Ideal vom Prozess als Kampf³ und der daraus abgeleitete Grundsatz des *nemo tenetur edere contra se*⁴ in unserer Rechtskultur verwurzelt. Die Privatrechtsgesetzgebung ist indes schon lange nicht mehr die alleinige Domäne des nationalen Gesetzgebers. Im Laufe der Zeit hat sie sich zu einem Gemeinschaftsprojekt der nationalen und europäischen Ebene entwickelt: Was in den 1980er Jahren mit vereinzelt wirkenden Harmonisierungsbestrebungen begann – etwa den teilweise bis heute gültigen Richtlinien zum Handelsvertreter- und Produkthaftungsrecht – stellt sich nunmehr als komplexes Ineinandergreifen nationaler Regeln und europäischer Vorgaben dar. Das Unionsprivatrecht erscheint daher nicht mehr nur wie ein zusammenhangsloses Aneinanderketten von Rechtssätzen, sondern kann jedenfalls in Teilen als einheitliches System betrachtet werden.⁵ Andere haben bereits gezeigt, dass das Unionsprivatrecht nicht dem Selbstzweck dient und auch nicht auf Herstellung materieller Gerechtigkeit im Einzelfall gerichtet, sondern ein Instrument unter vielen zur Verwirklichung der Politikziele der Union gem. Art. 3 Abs. 1 EUV ist.⁶ Nichts anderes gilt auch für die präparatorischen Informationsrechte, die sich immer öfter in den privatrechtlichen Rechtsakten des Unionsgesetzgebers wiederfinden: Durch sie soll die Schlagkraft und Effizienz des europäischen, allgemeinpolitischen Zwecken dienenden Haftungsrechts gestärkt und das unionsrechtliche *private enforcement* insgesamt scharfgestellt werden. Dies zu beweisen ist das Ziel des zweiten Teils dieser Arbeit. Hierzu sollen die wichtigsten präparatorischen Informationsrechte des Unionsprivatrechts in ihrem jeweiligen Kontext untersucht werden, also Art. 6–8 Enforcement-RL (§ 7), Art. 5 KartellSE-RL (§ 8), Art. 18 VK-RL (§ 9), Art. 29 Abs. 3 lit. e CSDD-RL (§ 10), Art. 9 ProdHaft-RL,

² Siehe bei § 4, I., 3.; bei § 4, II., 5.; sowie bei § 4, III.

³ Siehe bei § 1 Fn. 22.

⁴ Siehe bei § 1 Fn. 23.

⁵ Hierzu ausf. bei § 13, III., 1.

⁶ Hierzu ausf. bei § 13, II., 1. sowie bei § 14, II., 2., c), aa) (jew. mwN).

Stichwortverzeichnis

- Abgasskandal 6, 311, 477
Abkehr vom aktionenrechtlichen Denken 194
actio 193 f.
AI Act *Siehe* KI-Verordnung (KI-VO)
allgemeines unionsrechtliches Informationsrecht 463, 470
– Umsetzung 485
American Law Institute 144
Antipater 1, 178
Anton Piller Order *Siehe* search order
anwaltliches Beratungsgeheimnis
– im autonomen Recht 210
 Siehe auch attorney-client privilege
Äquivalenzprinzip 260, 500
Augschein 68
– im englischen Recht 127
– im italienischen Recht 109
– im österreichischen Recht 101
– im US-Recht 134
– nach den IBA Rules 157
Ausforschungsbeweis *Siehe* fishing expedition
Auskunftsanspruch
– allgemeiner Auskunftsanspruch 4, 25 ff., 29 f.
– Anspruch auf Abgabe einer Vermögensauskunft 81
– Begriff 13
– besondere Auskunftsansprüche 23 f.
– Entstehung des allgemeinen Auskunftsanspruchs 195
– im Erbrecht 26, 203
– im Gesellschaftsrecht 24
– im gewerblichen Rechtsschutz 248, 250
– im italienischen Recht 103
– im Kartellrecht 286 f., 289 f.
– im österreichischen Recht 95
– prozessuale Durchsetzung 30
– Unterscheidung von Offenlegungsansprüchen 170
– Verjährung 30
Bankers Trust Order 129
Baron von Münchhausen 514
Beckhaus, Gerrit Marian 90, 201
Beibringungsgrundsatz 5, 135, 182
Beiziehung von Akten (§ 432 ZPO) 64
besonderer Vertreter 38, 171
Beweis
– Anscheinsbeweis 70
– Beweiserleichterung bis hin zur Beweislastumkehr 80
– Beweislast 5, 69, 78, 90, 94, 150
– Indizienbeweis 69
– tatsächliche Vermutung 71
– Umkehr der Beweislast 78 f.
Beweismittel 327
– Begriff 234, 274, 360, 379, 391, 407, 430
Billigkeit (equity) 128, 131
Binnenmarktkompetenz 364, 415
blackbox-Effekt 326, 389, 396, 398
Brussels Effect 413
Canaris, Claus-Wilhelm 464, 488
Cartabia-Reform 105, 113
case management 116, 147, 158
ChatGPT 388, 396
Cicero 3, 178
Civil Procedure Rules *Siehe* englisches Recht
common law 94, 125, 192
 Siehe auch englisches Recht, US-Recht
confidentiality ring *Siehe* Geheimnisschutz durch Vertraulichkeitskreis
contempt of court *Siehe* Ordnungsmittel
Courage-Fall 260
CPO von 1877 7, 82, 499

- culpa in contrahendo 182, 187, 218
- Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) 23, 375, 447
- Dernburg, Heinrich 195
- Digital Services Act 378, 390
- DIS-Schiedsgerichtsordnung 150
- disclosure 118 ff.
 - disclosure statement 88, 118, 125
 - gegen Dritte 127
 - im US-Recht *Siehe* discovery
 - implied undertaking 125
 - pre-action disclosure 126
 - specific disclosure 121
 - standard disclosure 120
- discovery 57
 - Einwendungen 121
 - *Siehe auch* privilege
 - im vorprozessualen Stadium 141
 - litigation hold 134
 - nuisance value 141
 - preservation letter *Siehe* litigation hold
 - Reformen 131, 135, 137
 - Voraussetzungen 136
- Dispositionsmaxime 4f.
- Düsseldorfer Verfahren 34, 208, 247, 498
- Effektivitätsprinzip 11, 260, 474, 481
- effet utile *Siehe* Effektivitätsprinzip
- Eigenverteidigungsunterlagen 212
- einheitliches Aufklärungsmodell des deutschen Privatrechts 172, 191
 - Beweiserleichterung 201
 - Einwendungen 206
- Einheitliches Patentgericht 251
- Enforcement-Richtlinie
 - Abhilfemöglichkeiten 229
 - Maßnahmen der Beweissicherung 241
 - Offenlegung von Beweismitteln 233
 - Recht auf Auskunft 248
 - Umsetzung 232, 239, 245, 250
- englisches Recht 116 ff.
 - further information 117, 161
 - inspection 118
 - practice direction 117, 120
 - pre-action protocol 126
 - Verfahrenspfade 116
 - Woolf-Reform 116
- equity *Siehe* Billigkeit (equity)
- Erklärungspflicht der Gegenseite 45
- Ermessen des Gerichts 58, 64, 149, 163
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 122, 128, 448, 451 f.
- European Green Deal 346
- European Law Institute 146
- European Model Rules of Civil Procedure 146
- fact pleading 134, 145, 429
- FamFG 17
- Federal Rules of Civil Procedure *Siehe* US-Recht
- Finalität des EU-Rechts 417
- fishing expedition 61, 136, 145, 153, 203, 429
- forum shopping 185
- fragmentarischer Charakter des Unionsrechts 425
- französisches Recht *Siehe* romanischer Rechtskreis
- freezing injunction 127
- Geheimnisschutz 64
 - Begriff des Geschäftsgeheimnisses 436
 - durch Vertraulichkeitskreis 282
 - Geheimnisschutz-Mitteilung 276, 282 f.
 - im autonomen Recht 207
 - im englischen Recht 123
 - im gewerblichen Rechtsschutz 237
 - im Kapitalanleger-Musterverfahren 411
 - im Kartellrecht 279–282, 292, 302
 - im Produkthaftungsrecht 382
 - im Unionsprivatrecht 435–441
 - im US-Recht 140
 - nach den IBA Rules 156
 - nach der Lieferketten-RL 363
 - vor dem EPG 254
- Gemeinschuldner-Entscheidung 83, 214
- Generalklausel 175
- Geratewohl-Behauptungen 44
- Gesamtanalogie 463
 - Zulässigkeit unionsrechtlicher Rechtsfortbildung 464
- Geschäftsgeheimnis *Siehe* Geheimnisschutz
- gewerblicher Rechtsschutz *Siehe* Enforcement-Richtlinie

- Grundsätze der Beweisvereitelung 55,
72 ff., 76, 78, 188, 217
gute Sitten *Siehe* Verbot sittenwidrigen
Handelns
- Handelsbücher *Siehe* kaufmännische
Buchführungspflicht
Handelsvertreter-Richtlinie 15, 224, 423,
454
Heinze, Christian 474
Hellgardt, Alexander 190, 418 f.
Hühnerpestfall 79
- IBA Rules 151, 153 f.
– als Kompromiss 151
– Augenschein 157
– document production 152
– possession, custody, or control 154
– Relevance-and-materiality-Kriterium
153
ICC Rules 150
in camera *Siehe* Geheimnisschutz
Informationsasymmetrie
– als Voraussetzung der Offenlegung 429
– Begriff 13
– im materiellen Recht 3
– im Prozessrecht 4 f.
– in der Aktiengesellschaft 36, 179
– in der Antike 3
informatrische Parteienanhörung 52
innerprozessuale Sanktion 56, 65, 125,
164, 219, 330 f.
Internet of Things 374, 398
italienisches Recht
– amtswegige Untersuchung 109
– handelsrechtliche Vorlagepflichten 113
– ineffizienter Zivilprozess 105
– Kollektivklageverfahren 115
– materielle Informationsrechte 103
– Parteivernehmung 106 f.
– prozessuale Treuepflicht 106
– versicherungsrechtliches Regulierungs-
verfahren 108
– Vorlageanspruch der Parteien 111
iudex 193
- Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
11, 405, 510
- Einwendungen 411
– Offenlegung von Beweismitteln 406
– Reform von 2024 405
Kartellschadensersatz-Richtlinie
– Aufwendungsersatzanspruch 304
– Bestimmung des Schadensersatzes 266,
272
– Bindungswirkung behördlicher Ent-
scheidungen 264, 271
– Einwendungen 278, 290
– Offenlegungsanspruch 273
– Prozeduralisierung des Geheimnisschut-
zes 302
– Umsetzung 270, 285
kaufmännische Buchführungspflicht 66
– im italienischen Recht 113
KI-Haftungs-Richtlinie 388 f., 391 ff.
– Einwendungen 393
– Offenlegung von Beweismitteln 390
– Vermutungen 395
KI-Verordnung (KI-VO) 390, 395, 449
Klein, Franz 514
Kommission zur Reform des Zivilprozess-
rechts 1977 74
kompensatorisches Informationsrecht 168
kompletorisches Informationsrecht 15,
169
Konkurrenzen 220, 455, 499
Künstliche Intelligenz (KI) 371, 388
– Hochrisiko-KI 390
– KI-Ergebnis 396
- Lasten und Pflichten im Prozessrecht 181
lauterkeitsrechtlicher Verbraucherschä-
densersatzanspruch 7, 312, 474, 478
Legisaktionenprozess 193
level playing field 8, 131, 341
Lieferketten-Richtlinie
– Aktivitätskette 349
– Einwendungen 362
– Offenlegung von Beweismitteln 359
– zivilrechtliche Haftung 351
Loi de Vigilance 359
Lückenbegriff 479
Lüderitz, Alexander 89
- Magnus, Robert 211
Mareva injunction *Siehe* freezing
injunction

- materielle Prozessleitungsbefugnis *Siehe*
- richterliche Aufklärungspflicht
- mittelbare Drittwirkung der Grundrechte
- Siehe* Objektive Werteordnung des Grundgesetzes
- Moral 177

- Nähe zum Beweis 94
- nemo tenetur edere contra se 10, 94, 159, 168, 423, 451, 499
- New Deal for Consumers 312
- New Deal 7, 130
- Norwich Pharmacal Order 128
- notice pleading 134, 145, 163, 506

- objektive Werteordnung des Grundgesetzes 23, 174, 180
- Offenlegungsanspruch
 - Begriff der Glaubhaftmachung 288
 - Begriff 14
 - des englischen Rechts 118
 - des italienischen Rechts 109
 - des materiellen Rechts 31
 - des österreichischen Rechts 99
 - des US-amerikanischen Rechts 134
 - einheitliche Auslegung im Unionsrecht 427
 - Einwendungen im EU-Recht 433
 - im gewerblichen Rechtsschutz 233, 239
 - im Kapitalanleger-Musterverfahren 406
 - im Kartellrecht 274
 - im kollektiven Rechtsschutz 326
 - im Wege der Fortbildung des Unionsprivatrechts 463
 - Konzerndurchgriff 136, 432
 - nach dem Entwurf für eine KI-Haftungs-Richtlinie 390
 - nach dem Handelsgesetzbuch 65
 - nach den IBA Rules 151
 - nach den Prague Rules 158
 - nach der Lieferketten-Richtlinie 359
 - nach der Produkthaftungs-Richtlinie 379
 - prozessualer Offenlegungsanspruch auf Antrag einer Partei 53
 - prozessualer Offenlegungsanspruch von Amts wegen 56–59
 - Unterscheidung von Auskunftsansprüchen 171
- Omnibus-Richtlinie zur Entbürokratisierung 346
- Opt-in/Opt-out-Modell 317
- Ordnungsmittel 64 f., 126, 332
- Osterloh-Konrad, Christine 90
- OsterlohKonrad, Christine 41, 201
- österreichisches Recht
 - materielle Informationsrechte 95
 - abgeschwächter Untersuchungsgrundsatz der öZPO 97
 - allgemeine Aufklärungspflicht 101
 - Fragerecht der Parteien 97
 - Parteivernehmung 98
 - Urkundenvorlage 99
- overriding objective 116 f., 119

- PACCAR-Fall 275, 430
- Parteienvernahme auf Antrag des Gegners 52
- passing on-defence *Siehe* Weiterwälzungseinwand
- Peruvian Guano-Fall 118, 121, 204
- Politikziele der Union (Art. 3 Abs. 1 EUV) 10, 254, 418, 421 f., 427, 470, 473, 496
- Prague Rules 157 f.
- praktische Wirksamkeit *Siehe* Effektivitätsprinzip
- präparatorisches Informationsrecht 14, 168
- Principles of Transnational Civil Procedure 144 f.
- Privatautonomie 3, 5 f., 41
- private attorney general 419 f., 422, 453
- private enforcement 10, 225, 255, 260, 398, 449, 472, 508
 - als Zweck der Informationsrechte des EU-Rechts 417
- privilege 164
 - attorney-client privilege 62, 139, 210
 - crime-fraud exception 123
 - inadvertent disclosure 124
 - legal professional privilege 123
 - litigation privilege 123
 - nach dem Storme-Entwurf 143
 - nach den IBA Rules 155
 - nach den Model Rules 148
 - nach den Principles 145
 - privilege against self-incrimination 139

- public interest immunity 124
- waiver 123, 139
- without prejudice privilege 124
- work product protection 139
- Produkthaftungs-Richtlinie 371
- Einwendungen 382
- Offenlegung von Beweismitteln 379
- Umsetzungsvorschlag 400
- Vermutungen 385
- Verschuldensunabhängiger Schadenersatzanspruch 374
- von 1985 372
- protective order 138, 140, 440
- Prozessfinanzierer 212, 317, 322, 336, 338
- Prozessrechtsverhältnis 180 ff.
- public enforcement 6, 226, 260, 284, 291, 508

- Rechtsfortbildung des Unionsrechts 464
- Redfern Schedule 156
- Redlichkeitspflichten 174
- Regulierungsfunktion des Privatrechts 190, 418
- relatorisches Informationsrecht 168
- res ipsa loquitur 94
- richterliche Aufklärungspflicht 50
- richtlinienkonforme Auslegung 487 f., 493
- richtlinienorientierte Auslegung 427
- romanischer Rechtskreis 102, 143
- Rosenbergsche Formel 78, 480
- Rules of the Supreme Court 1965 118, 120

- Schiedsklausel 148
- Schiedsverfahrensrecht 149 f.
- Schutz der Privatsphäre 122, 209, 446
- Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung 213
- search order 127
- sekundäre Darlegungslast 47 ff., 171, 204, 490–493
- sekundäre Vorlegungslast 49, 60
- selbständiges Beweisverfahren 68, 96
- Selbstverantwortung 4 f.
- Sonderprüfer 36 f., 171
- Sonderverbindung 175, 200 f.
- Sphärentheorie 209
- Storme, Marcel 142
- Storme-Entwurf 142 f.
- Strafverfahren 83, 214, 290, 451

- Stufenklage 30 f., 197, 218, 299
- Stürner, Rolf 86, 144, 187
- Syndikusanwalt 211
- Systembildung im Unionsprivatrecht 424, 426
- Umsetzung 456

- Terms of Reference 150
- testatorisches Informationsrecht 15, 168
- Thermofenster-Fall 476
- Torpedoklage 105
- train of inquiry *Siehe* Peruvian Guano-Fall
- Transmissionsriemen 177, 197
- Treu und Glauben 4, 25, 40, 174 f.
 - als Quelle von Nebenpflichten 177
 - Ergänzungsfunktion 177
 - Funktionen 175
 - im Prozessrecht 180, 182, 184 f.
 - im römischen Recht 193
 - Konkretisierungsfunktion 176
 - Korrekturfunktion 176, 185
 - Schrankenfunktion 176, 185
- Treuepflichten 175
- TRIPS-Übereinkommen 1994 226
- Tupferfall 73

- überschießende Richtlinienumsetzung 413
- Umsetzungsvorschlag 367, 401
 - Lieferketten-Richtlinie 366
 - Produkthaftungs-Richtlinie 400
- UNCITRAL-Modellgesetz 149
- UNIDROIT 144, 146
- unionsrechtlicher Schadenersatzanspruch mit Sanktionscharakter 474
- unmittelbare Wirkung von Richtlinien 486
- Urkunde
 - Anspruch auf Einsicht (§ 810 BGB) 34
 - Begriff 34, 59, 152
 - Beweiskraft 54
 - Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit 71
 - Vorlage auf Antrag einer Partei (§§ 421 ff. ZPO) 53
 - Vorlage von Amts wegen (§ 142 ZPO) 56
 - Vorlagepflicht im englischen Recht 118
 - Vorlagepflicht im österreichischen Recht 99
 - Vorlagepflicht im US-Recht 136

- US-Recht
 - adversarial system 131
 - deposition 133
 - Einwendungen 138
 - interrogatories 117, 132, 161
 - Offenlegungsanspruch *Siehe* discovery
 - Rechtshilfe amerikanischer Gerichte 130
 - request for admission 133
- Verbandsklagen-Richtlinie
 - Abhilfeklage 316, 323
 - Drittfinanzierung 322
 - Offenlegung der Finanzierungsvereinbarung 333
 - Offenlegung von Beweismitteln 326
 - Umsetzung 319, 331
 - Wirkungen rechtskräftiger Entscheidungen 318
- Verbot sittenwidrigen Handelns 174, 201
- Verbot widersprüchlichen Verhaltens 176
- Verbrauchsgüterkauf 480
- Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten 260, 456, 481
- Vertrauen als Grundlage von Redlichkeitspflichten 175
- Verwirklichung materieller Gerechtigkeit im Einzelfall 189
- Vollständigkeitspflicht 44
- von Hippel, Fritz 85
- Vorlageanspruch (§ 809 BGB) 32
- Wahrheitspflicht 44
- Weh-Fall 452
- Weiterwälzungseinwand 269
- Windscheid, Bernhard 194 f.
- Winkler von Mohrenfels, Peter 15, 40, 167, 216
- Wirtschaftsprüfervorbehalt 29, 244
- Zeugnisverweigerungsrecht 62
- Zivilprozess
 - als Kampf 10
 - klassisch-liberales Leitbild 6, 190
 - sozialer Zivilprozess 97, 99, 101, 190
 - Wahrheitsbegriff 183
 - Zweck 183
- ZPO-Reform 1933 85
- ZPO-Reform 2002 51, 57, 67
- Zwangsvollstreckungsverfahren 81–85